

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Grieben, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Breitenweg 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Postanstalten vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inserationsgebühren die häufigste Beilage 15 Pf. Post-Belegungsliste Nr. 7779

Nr. 245.

Magdeburg, Donnerstag, den 19. Oktober 1899.

10. Jahrgang.

Mittwoch abend: Partei-Versammlung im Dreikaiserbund!

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Theoretische Klärung und praktische Arbeit.

Keine bürgerliche Partei kennt solche Debatten, wie sie in voriger Woche auf unserem Parteitage in Hannover stattfanden. Ich meine nicht die Länge der Reden und die sonstige Wucht der Beredsamkeit, oder der geistige Inhalt jener Erörterungen ist den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen fremd. Keine jener Parteien wirft die Frage auf, wie sie sich grundsätzlich zu der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und zu dem gegenwärtigen Staat zu stellen habe. Sie wissen, daß diese Gesellschaftsordnung den Interessen jener Klassen, welche sie vertreten, am besten entspricht und daß dieser Staat ihr Staat ist. Die Praxis beweist es ihnen auf Schritt und Tritt. Ihr Privateigentum wird durch das Gesetz und die gesamte Staatsorganisation geschützt. In ihrem Dienste steht die Justiz und das Heer. Sie halten die Aemter inne und leiten den Staat. In ihrem Interesse werden Kriege geführt und Bündnisse geschlossen.

Andererseits die Arbeiter. Ihr ganzes Leben ist eine Anklage gegen diese auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung und auf Schritt und Tritt begegnen sie dem Staat als einer gegen sie gekehrten Macht. Der Arbeiter braucht sich nur um sich umzuschauen, um wahrzunehmen, daß zwischen ihm und dem reichen Kapitalisten eine Kluft liegt. Nicht erst die Theorie, sondern die Erfahrung jedes einzelnen Tages zeigt ihm seine Klassenstellung. Sind die Arbeiter zu dieser Erkenntnis gelangt, dann drängt es sich ihnen von selbst auf, daß eine Umwälzung dieser Gesellschaft von Grund aus notwendig ist, um jene Kluft zwischen ihnen und den Monopolisten der Produktionsmittel zu beseitigen.

So werden sie zum Sozialismus geführt. Nun kann man den Arbeitern wohl sagen, der Sozialismus sei ein in weiter Ferne befindliches Endziel, man müsse deshalb sehen, sich vorläufig schlecht oder recht in der gegenwärtigen Gesellschaft einzurichten. Das könnte unter Umständen Anklang finden. Wenn man aber den Arbeitern jagt, der Sozialismus sei schon eigentlich da, wir befänden uns eigentlich schon mit einem Fuße in der sozialistischen Gesellschaft, so kann das Ergebnis nur eine gewaltige Enttäuschung sein. Sagt man, Sozialismus, das sei die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, so lehrt doch der Augenschein, daß dieser „Sozialismus“ den Klassenunterschied zwischen den großen Verlegern und den kleinen Setzern unangetastet läßt. Wenn das Sozialismus sein sollte, dann würden sich die Arbeiter, durch ihre Klassenstellung gedrängt, ein anderes Endziel setzen. Wie man jene neue Gesellschaftsordnung auch nennen mag — Sozialismus, Kommunismus, oder meinetwegen auch Kapitalismus — klar ist, daß ihre Grundlage die Beseitigung jener Klassenunterschiede sein muß, welche die Grundlage der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bilden. Es gehört viel mehr theoretische Spekulation dazu, um sich über die Klassenunterschiede der kapitalistischen Gesellschaft hinwegzusetzen, als um sie anzuerkennen. Man gelangt dazu durch eine kolossale Erweiterung des Entwicklungsbegriffs. Die Entwicklungstheorie hat ja auch einen Zusammenhang hergestellt zwischen Mensch und Affe. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man allerdings einen gewissen Zusammenhang entdecken zwischen der sozialpolitischen Fließarbeit des Kapitalismus und den wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus, deshalb ist aber selbst die entwickelte Sozialreform noch ebenjowenig Sozialismus wie ein ausgewachsener Gorilla ein Mensch.

Man hat auf dem Parteitage daran erinnert, daß die Partei über ein Jahrzehnt das Gothaer Programm behielt, dessen theoretische Unzulänglichkeit, ja Falschheit Marx gleich im Anfang schonungslos aufdeckte. Und wir wissen, daß die Praxis der Partei über jene falschen Theorien des Programms sich einfach hinwegsetzte. Man hat nicht im Sinne jener Theorie gehandelt, sondern anders. Und als es zur Revision des Programms kam, haben sie keinen einzigen Verfechter mehr gefunden. Marx konnte sich wahrlich keine glänzendere Rechtfertigung seiner Kritik durch die tatsächliche Entwicklung denken. So mußte es auch kommen, wenn der Parteitag jetzt einen falschen Beschluß gefaßt hätte. Er hat es nicht getan. Er hat scharf die Scheidelinie zwischen sich und den bürgerlichen Parteien gezogen, er ließ sich nicht auf spekulative Verallgemeinerungen ein, die alles in ein Urchaos auflösen, sondern

er blieb auf dem materiellen Boden des Klassenkampfes. Alle Welt weiß jetzt, daß die Partei nach wie vor bereit ist, in dem Augenblick, wo die Arbeiter ihr die dazu nötige Macht verschaffen, die Fabriken und andere Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überzuführen und die kapitalistische Herrschaft zu beseitigen. Ich sehe den Hauptvorteil dieser Klarlegung unseres grundsätzlichen Standpunktes darin, daß die Partei sich nunmehr mit aller Energie der Lösung der praktischen Aufgaben der Gegenwart zuwenden kann.

Es drängen sich aber sehr wichtige Probleme auf. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß der industrielle Aufschwung an einen Punkt gelangt ist, an dem er in sein Gegenteil umschlägt. Es herrscht eine ungeheure Spannung auf dem Weltmarkt. Wenn man die Handels- und Börsen-Zeitungen liest, gewinnt man den Eindruck, daß die Verhältnisse auf die Messerspitze getrieben. Trotz alledem ist nicht gänzlich ausgeschlossen, daß auch diesmal der „tote Punkt“ überwunden wird. Vielleicht gelingt es noch diesmal, die akute Krise zu vermeiden, ihr durch eine mehr oder weniger bedeutende Verflaumung die Spitze abzubrechen. Dann wird dem ein Aufschwung nachfolgen, der alles übertreffen wird, was seit 1873 gesehen wurde. Denn es kann nur ermutigend auf die Unternehmungslust und die Spekulation wirken, die alle Schranken hinter sich zerbrechen wird. Das Schlussergebnis kann nur ein um so gewaltigerer Krach sein. Über selbst wenn eine regelrechte Handelskrise eintritt, läßt sich aus den Thatsachen beweisen, daß sie diesmal verhältnismäßig leicht überwunden wird. Sie wird aber schwerwiegende politische Folgen nach sich ziehen. Die Sozialdemokratie muß auf alle Eventualitäten gefaßt sein, um die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen.

Die Geschäftsstockung wird vor allem zu einem schärferen Auftreten in der Kolonialpolitik drängen. Man wird versuchen, von den in China bereits gefaßten Posten aus weiter vorzudringen. Auch in Kleinasien wird der Wettstreit intensiver Formen annehmen, was den europäischen Orient in Mitleidenchaft ziehen muß. Das kann zu sehr gefährlichen politischen Verwicklungen führen. In Südafrika kann der jetzt ausgebrochene Krieg die übrigen kolonialen „Interessensphären“ in Mitleidenchaft ziehen. Schon die letzten Jahre hatte unsere Partei Veranlassung, sich mit Kolonialpolitik und äußerer Politik mehr zu beschäftigen, als es jeweils gebräuchlich. Für die nächste Zukunft stehen noch schwierigere Probleme bevor. Und wie die Dinge sich entwickeln, erschließt die bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Opposition gegen die Kolonialpolitik fast vollständig — die Sozialdemokratie wird also allein kämpfen müssen gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien. Einen Rückhalt in diesem Kampfe wird sie nur finden können bei den sozialistischen Arbeiterparteien des Auslandes.

Die Geschäftsstockung wird die Frage der Regelung der Arbeitszeit akut machen. Das ist für uns die Frage des Achtstundentags. Der Achtstundentag, eine kulturelle Forderung, wird zur Zeit der Arbeitslosigkeit ein Gebot der bitteren Not. Da werden wir ja sehen, was sich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung machen läßt. Die Gewerkschaften werden einen schweren Stand haben. Da wird die Partei alle Mittel aufbieten müssen, um sie zu stützen. Denn über den Standpunkt, der in den Gewerkschaften bloß eine politische Vorstufe ist, in der die Arbeiter die Nutzlosigkeit der gewerkschaftlichen Bestrebungen lernen mußten, um sich dann der Politik zuzuwenden, sind wir längst hinaus. Die Gewerkschaften sind auch in Deutschland auf dem Wege, das Rückgrat der Organisation der Arbeiterklasse zu werden.

Die Geschäftsstockung wird auch die handelspolitischen Gegensätze verschärfen. Selbst die Industrie für sich genommen ist in dieser Frage uneinig. Nur das Proletariat hat auch hier einen klaren und präzisen Standpunkt. Wenn die Arbeiter die Broternteuerung auch sonst schwer zu ertragen haben, so wird sie, wenn Arbeitslosigkeit dazukommt, zu einem Notstand. In diesem Sinne wird unsere Partei gegen die Lebensmittelzölle energig vorgehen müssen sowie auch von dem anderen Gesichtspunkte aus, daß die Beseitigung der europäischen Getreidezölle, besonders wenn damit zugleich die amerikanischen und russischen Industriezölle durchbrochen werden, zu einem neuen industriellen Aufschwung führen muß, der Arbeitsgelegenheit schaffen würde.

So hatten der Partei auf allen Gebieten große praktische Aufgaben. Wir alle wissen, daß die „positiven Erfolge“, die sie dabei erlangen wird, von vorn-

herein sehr problematisch erscheinen müssen. Daran aber kann es keinen Zweifel geben, daß sie, wenn sie in allen diesen Fällen den Arbeiterstandpunkt zum Ausdruck bringt, eine eminente Agitation entfalten und die Organisation des Proletariats fördern wird. Und wenn wir unter diesen Umständen mit aller Energie in die praktische Arbeit eintreten, was anderes bewegt uns, als die Zuversicht, daß in der Organisation des Proletariats eine Macht erwächst, die im Stande sein wird, die Leitung des Staates in ihre Hände zu nehmen? Der mächtigste Impuls unserer praktischen Arbeit sind unsere unerschütterten Grundsätze. — Parvus.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Abgeordnetenwahl für den Oldenburgischen Landtag ist am Dienstag vollzogen worden. Gemäß der nach den Wahlmännerwahlen von uns gegebenen Berechnung ist es geglückt, zum ersten Mal einen Sozialdemokraten, den Genossen Hug-Bant im Kreise Fever, durchzubringen. Ein Hecht wird künftig also auch im bürgerlichen Karpfenteich Oldenburgs die beschauliche Ruhe stören. Ist seine Stellung infolge seiner Vereinfachung auch eine schwierige, so haben wir zum Genossen Hug, den wir von einer Reihe von Parteitagen kennen, das feste Vertrauen, daß er in jeder Beziehung seinen Mann stehen wird zum Schrecken der bürgerlichen Abgeordneten und zur Ehre und Förderung der Sozialdemokratie. —

Unsere Parteigenossen im bayerischen Landtag haben eine Interpellation wegen der Buchhausvorlage eingebracht. Sie fragen an, welches die Gründe seien, die die Regierung bestimmt hätten, dem Entwurfe zuzustimmen.

Nun ist auch ein publizistischer Führer der Agrarier, die es in der Königstreue mit den Rationalliberalen des Wahlkreises Calbe-Niedersleben aufnehmen, wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Es handelt sich um Eduard Klapper, den Herausgeber der Deutschen Agrar-Korrespondenz, des „wissenschaftlichen“ Organs der Lebensmittellieferanten und Kanalgegner. Er stand am Dienstag vor der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I und hatte sich wegen einer Serie von Artikeln zu verantworten, welche sich mit einer eingehenden Betrachtung der grundsätzlichen Stellungnahme des Staatsoberhauptes zur preussischen Verfassung befassen, und daran eine Erörterung der staatsrechtlichen Frage knüpfen, ob in den Vorgängen vor und nach der Abstimmung der Kanalvorlage — Beeinflussung von Abgeordneten und deren spätere Maßregelung als Beamte — nur eine politische vielleicht unkluge, aber doch gesetzlich zulässige Handlung, oder ob darin vielmehr ein Verfassungsbruch gegeben sei. Der Gerichtshof gelangte zu einer für den Angeklagten ungünstigen Auffassung. In den Artikeln werde der Kaiser im Gegensatz zu früheren Herrschern gekennzeichnet. Wie ein roter Faden gehe durch die Artikel die Behauptung, daß der Kaiser den Befehl zur Maßregelung der Beamten erteilt habe und — wie der Angeklagte betone — sei er „nach reiflicher Ueberlegung und tühler Kopie“ zu der Ansicht gelangt, daß ein Verfassungsbruch vorliege. Daß hierin eine Majestätsbeleidigung zu finden sei, bedürfe keiner Ausführung. Da der Angeklagte im großen ganzen seine Ansichten in einer anständigen Form wiedergegeben habe, sei nicht nach dem Antrage des Staatsanwalts auf 6 Monate Gefängnis, sondern auf sechs Monate Festung erkannt worden. Die Beschlagnahme der Nummern mit den beanstandeten Artikeln müsse ausgeprochen werden. — Herr Klapper kann von Glück sagen. Ihm ist die Unständigkeit zugebilligt worden, er kommt mit Festung weg, was gegenüber Sozialdemokraten noch niemals geschehen ist. Aber trotz der Strafmilderung wird dem Centralorgan der Bündler recht ängstlich zu Mut. Es schreibt vor Beendigung des Termins, in sicherer Voraussicht der Verurteilung, nach einer langen Einleitung, die von Lokalität trieft, folgendes: „Eines darf offen und freimütig festgestellt werden. Wenn der Träger der Krone nicht nur in großen, entscheidenden Augenblicken, in wesentlichen Fragen der Reichsicherheit und Staatsautorität, sondern bei gesetzgeberischen Einzelfragen persönlich hervortritt und seine Anschauung ohne ministerielle Deckung kundgibt, dann liegen zwei Gefahren vor: entweder seine königliche Meinungsäußerung wird in den oft unschönen Kampf der Parteien herabgezogen, oder sie bleibt unbeachtet, weil man den verfassungsmäßigen Grundgesetz festhält, daß nicht der

Fürst, sondern die Minister verantwortliche Träger der Politik sind. In beiden Fällen wird die Stellung der Krone nicht gehoben, sondern sie läuft Gefahr, gemindert zu werden. Weil wir aber eine solche Minderung nicht wünschen, weil wir sie um jeden Preis vermeiden möchten, halten wir es für eine unabwiesbare Pflicht, einmal auf diese Gefahren hinzuweisen." Wie würde sich die Deutsche Tageszeitung erst ausgedrückt haben, wenn statt der 6 Monate Zerstörung auf 3 oder 4 Jahre Gefängnis erkannt worden wäre.

Die rheinischen Agrarier, die meist ultra-montane Bestimmung sind, haben wiederholt gezeigt, daß sie in Bezug auf arbeitserfindliche Bestimmung nicht hinter den Ostelbieren zurückbleiben brauchen. Das hat sich dieser Tage wieder auf der Vorstands- und Ausschussversammlung des Rheinischen Bauernvereins in Neuß erwiesen. Der Graf von Hohenbrunn redete gegen die Koalitionsfreiheit. Ferner verlangte er Mittel des Staates und der Gesetzgebung gegen die Dienstboten- und Arbeiternot auf dem Lande; er beklagte wehmützig, daß das Grundübel, die Freizügigkeit, kaum mehr vollständig (1) zu beseitigen sei. „Die unterste Altersgrenze von 16 Jahren," so führte er aus, „die der Bauernverein zur Berechtigung der Freizügigkeit gefordert hat, ist eine Maßregel, die ebenso zweckmäßig ist, wie sie auch nicht zu weitgehend erscheint." Die rheinischen Agrarier haben schon mehrfach die Aufhebung der Freizügigkeit für die jungen Arbeiter verlangt. Die ersten Jahre nach der Schulzeit sind in der Regel für die Zukunft des jungen Menschen ausschlaggebend. Wenn der Wunsch der Bauernvereiner Wirklichkeit würde, wäre es für die Eltern auf dem Lande kaum noch möglich, ihre Kinder anders als in der Landwirtschaft arbeiten zu lassen, da sie ja vor der Beendigung des 16. Lebensjahres die Heimat nicht verlassen dürften. So hoffen die Agrarier wechselndes Arbeitermaterial zu schaffen.

Die Verhandlungen des sächsischen Provinzialausschusses mit den Ministerialkommissaren ergaben, wie der sächsischen Zeitung aus Breslau mitgeteilt wird, daß zur Verhütung von Hochwasser in Schlesien, zum Teil auch in Brandenburg, vom Staat 30 Millionen Mark im Laufe von 10 Jahren angewendet werden. Die Provinzen übernehmen die Unterhaltung der regulierten Flüsse. Ein Gesetzentwurf auf dieser Grundlage wird dem Landtag unterbreitet. Die Regulierungsarbeiten sollen im nächsten Jahre beginnen.

Die angekündigte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz wird dem Reichstag sofort oder kurz nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Unter den Vorlagen, die dem Reichstage möglicherweise noch zugehen, befindet sich auch die Seemannsordnung und das Privatversicherungsgesetz. Beide Entwürfe sind jedenfalls fertig gestellt.

Ueber die gestern erwähnte Rede des nationalliberalen Abgeordneten **Wassermann** gegen die Zuchtansvorlage liegt eine ausführlichere Meldung vor. Danach äußerte er: „Wir dürfen keine Politik treiben, welche das Vertrauen der Arbeiterschaft in die deutsche Reichsregierung erschüttert. Es giebt nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern auch eine große Reihe Arbeiter, die auf reichstem Boden stehen, Leute, die absolut nichts wissen wollen von der Sozialdemokratie. Es giebt in der sozialdemokratischen Partei auch viele hunderttausende von Mitglidern, die in dem Moment, wenn sie das Vertrauen zurückgewinnen, in die Reihen der nationalen Parteien zurückkehren. Dann ist noch ein Gesichtspunkt zu berücksichtigen: Deutschland ist nicht beliebt im europäischen Völkerverkehr. Es kann nicht der Moment kommen, wo ein Weltkampf sich entfacht, in welchem die deutsche Nation um ihre Existenz kämpfen muß. In diesem Kampfe bedürfen wir auch der deutschen Arbeiter und deshalb müssen wir auch in ihnen das Vertrauen erhalten. Wir müssen ihnen mit ehrlichem Gewissen sagen können, wir treiben keine Massengesetzgebung zu Gunsten der Großindustrie, wir wollen auch eure Interessen ganz und voll wahren. Die Vorgänge in Belgien, in Genue in diesem Sommer haben gezeigt, daß wir Machtmittel genug haben. Es ist nun eine große Agitation in diesem Sommer für die Vorlage entworfen worden, aber sie ist ausgegangen einzig und allein von der Großindustrie und ihrer Presse. Ihr Ruf „Schutz der Arbeitswilligen" ist eitel Heuchelei. Nicht um den Schutz der Arbeitswilligen handelt es sich, sondern um den Schutz der höchst eigenen Interessen und die Frage ihrer eigenen Machtbedürfnisse. Wir müssen sein eine vollständige Partei im besten Sinne des Wortes, die für alles Verständnis hat, für alle Klassen, für alle Bevölkerungsklassen unseres Vaterlandes, auch für die Arbeiter." Derartige Sätze klingen in nationalliberalen Ohren wie Unverstand. Selbst die linksnationalliberalen Nationalzeitung meint, es sei eine veränderte Erklärung der Angelegenheiten in der letzten Beratung aus Gründen notwendig, welche ihnen vor der ersten Sitzung des Reichstages abzuholen, in dieser aber nicht genügend zur Geltung gekommen sind. Es wüßten von nationalliberaler Seite entsprechende Anträge eingebracht werden. Gegen weitere Fortsetzung des Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit seien ebenso Schranken notwendig, wie solche gegen die früher vorgeschlagenen Mißbräuche in dem § 153 der Gewerbeordnung aufgestellt sind. Die Nationalliberalen werden also zu 90 Prozent für die Zuchtansvorlage stimmen und Wassermann kann mit dem ihm zustehenden Ansehen zu seinem Jubiläum im Nationalliberalismus dem Liberalismus tun.

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Aufhebung der österreichischen Sprachverordnungen ist am Dienstag erfolgt. Durch § 1 werden die Ministerialbestimmungen vom 24. Februar 1893 außer Kraft gesetzt, § 2 bestimmt, daß das zur geordneten Regelung, die in Vorbereitung ist, provisorisch die Bestimmungen und Grundzüge in Anwendung kommen, welche vor dem Jahresanfang bei dem 15. März vorigen Jahres außer Kraft gesetzten Bestimmungen vom 5. April 1897 nach-

gebend waren. Durch Paragraph 3 wird festgelegt, daß die gegenwärtige Verordnung am Dienstag in Kraft tritt. Die Tschechen sind außer sich vor Wut über die Aufhebung der Sprachenverordnungen. Es fanden Demonstrationen statt. Jungtschechische Abgeordnete veröffentlichten ein Manifest, welches eine Protestkundgebung gegen die Aufhebung der Sprachenverordnungen enthält und die Aufhebung eine schroffe Verleumdung des tschechischen Volkes nennt. Aus der währischen Stadt Gaha wird gemeldet, daß die dortigen Jungtschechen wegen der Aufhebung der Sprachenverordnungen die öffentlichen Gebäude und Briefkästen mit Traueranzeigen überklebt haben.

Der französische Panamaschwindler Arton ist bequadt worden.

In großen Finanznöten soll sich Bulgarien befinden. Nach in Wien eingegangenen Berichten ist man den Offizieren und Beamten bereits zwei Monatsgehälter schuldig. Die Finanzlage soll trostlos sein.

Durch die Presse geht eine Notiz eines Scharfmacherorgans, wonach die deutsche Reichsregierung beabsichtigen soll, den deutschen Anteil an Samoa an den Meistbietenden abzugeben. Die Nachricht klingt zu verlockend, als daß sie wahr sein könnte. Unsere Alldeutschen würden vor Wut in Krämpfe fallen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegen wieder eine Anzahl kleiner Meldungen vor, die sich die englischen Korrespondenten zumeist aus den Fingern gelogen haben werden. Gefämpft wird bei Maseking; der Ausgang dort ist noch ungewiß. Eine vorläufige Entscheidung scheint um Ladysmith in Natal fallen zu sollen. Dort werden große Truppenmassen beiderseits angehäuft. Die Regierung der Buren hat sich in einem Aufruf an die Afrikaner von ganz Südafrika gewandt. Sie fordert letztere eindringlich auf, den ungerechten britischen Forderungen zu widerstehen.

Die Gröfzung des englischen Parlaments.

Die außerordentliche Tagung des englischen Parlaments ist am Dienstag in London eröffnet worden. Die Thronrede führt aus, durch Ereignisse, die die Interessen des Reiches auf das tiefste berühren, sei die Königin gezwungen worden, den Rat und die Hilfe des Parlaments anzurufen. Der Stand der Dinge in Südafrika lasse es als zweckdienlich erscheinen, daß die Regierung in den Stand gesetzt werde, die militärischen Streitkräfte durch Einberufung der Reservisten zu verstärken. Abgesehen von den durch das Vorgehen der südafrikanischen Republik verursachten Schwierigkeiten sei die Weltlage fortwährend friedlich. Maßnahmen zur Beschaffung der Ausgaben, die infolge der Ereignisse in Südafrika entstanden sind, sollen dem Unterhause vorgelegt und die inneren Gezehvorgänge bis zur ordentlichen Tagung zurückgestellt werden.

Im Unterhause sind die Tribünen stark besetzt. Balfour und Chamberlain werden bei ihrem Erscheinen mit Hurraufen begrüßt. In der Redebeiträge erklärt Campbell-Bannermann, nie sei das Haus unter ernsteren Umständen zusammengetreten. England trete in einen Krieg ein gegen ein verarmtes christlich-protestantisches Volk. Die Verhandlungen mit Transvaal hätten mit einer Botschaft geendet, in welcher Forderungen aufgestellt wurden in einer Sprache, welche keine Regierung eines Landes, das Selbstachtung besitze, auch nur in Erwägung ziehen könne. (Beifall.) Die Grenzen zweier britischer Kolonien seien überschritten worden, Feindseligkeiten hätten begonnen. Es sei volle Pflicht der Minister, des Parlaments und des Volkes, einem solchen Angriffe Widerstand entgegenzusetzen. Die Opposition wolle keine Hindernisse in den Weg legen bei Bewilligung der Mittel und Vollmachten zur Sicherung einer schnellen und wirksamen Kriegsführung. (Beifall.) Er wolle im gegenwärtigen Augenblicke das Vorgehen der Regierung keiner Kritik unterwerfen, er frage aber, warum die Unterhandlungen fehlgeschlagen seien. Sie seien fehlgeschlagen, weil die Regierung ein gewagtes Spiel gespielt und ohne Not und ungeachtet die Sugerantitätsfrage aufgerollt habe. Die angriffsweise Vorkantibewegung von Troppen habe Verdacht erweckt, während die Diplomatie der Regierung irreführend gewesen sei. Deshalb habe man damit gezögert, neue Vorschläge zu machen? Er wünsche die Versicherung, daß die Regierung, eine frühere militärische Niederlage zu rächen, und das nicht weniger unwürdige Verlangen, die politische Herrschaft der Engländer über die Holländer im Kaplande zu begründen, in der britischen Diplomatie keinen Platz habe.

Im Oberhause erklärte Lord Kimberley, was auch seine Meinung über die Art der Führung der Verhandlungen ist, wir (die Opposition) sind ebenso bereit, wie die Regierungspartei, alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Regierung zur Wahrung der Reichsinteressen trifft. Wenn darüber eine Frage bestanden hat, so ist diese gelöst worden durch das aussergewöhnliche Ultimatum Transvaals, die Regierung hat die einzig mögliche Antwort darauf gegeben. Balfour schloß, das Land werde einig sein bei der Gewährung jeglicher Unterstützung für die Regierung zur schnellen und erfolgreichen Beendigung des Krieges. (Beifall.) Salisbury erklärte, die Regierung von Transvaal habe etwas getan, was durch keinerlei Provokation von Seiten Englands gerechtfertigt werden könnte, wenn England eine Provokation sich hätte zu schulden kommen lassen: Die Transvaalregierung habe eine tollkühne Herausforderung an England gerichtet und die englische Regierung von der Notwendigkeit befreit, dem Lande zu erklären, warum es im Kriegszustande sich befinde.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Differenzen mit dem Sommer in der städtischen Stollbühnen Regiments sind beigelegt. Die Forderungen der Arbeiter sind anerkannt und zum größten Teile bewilligt. Ein Teil der Arbeiter wird jetzt in Arbeit gesetzt. Der Abschluß des Retal-

Die Parteigenossen Koch, die so früh und unerwartet am dem Leben scheid und ihrem Mann drei unersorgene Kinder hinterlassen hat Sonntag nachmittag in Groß-Otterleben beerdigt. Es war ein Begräbnis, wie solches die dortige Einwohnerzahl nie gesehen hat. Ueber 500 Personen beiderlei Geschlechts gaben der so früh Verstorbenen das letzte Geleit. Eine schier unzählbare Menschenmenge bildete an den Straßen Spalier, die von dem Leichenbegängnis passierten. Alles stumme Zeugen der Achtung und Ehrung der Verstorbenen, sowie der Teilnahme, welche die Genossen und Genossinnen den Hinterbliebenen bezeugten. Die Verstorbene war ein langjähriges Mitglied des Verbands der Fabrik- und Landarbeiter und nahm an den gewerkschaftlichen sowie politischen Regungen des Arbeitervereins teil. Ihrem Manne war sie in den vielen wirtschaftlichen Kämpfen, in die er gezogen, eine feste Stütze und ihren Kindern eine gute, sorgsame Mutter. Jetzt ist sie nicht mehr, jetzt ist sie den Lebenden entrückt — hat ausgeatmet. In kalter Gruft ruht ihr Körper, über derselben ein Hügel Erde geschmückt mit Blumen und Blattwerk. Darunter elf große und prächtige Kränze, gewidmet von den Mauern in Groß-Otterleben, Gommern und Egeln. Die Parteigenossen aus Otterleben, Gommern und Egeln hatten gleichfalls Kränze auf den Hügel niedergelegt, sowie die sozialdemokratischen Frauen in Otterleben und Gommern aus Magdeburg. Einen Kranz spendete auch der Verbandsrat, wofür sich Genosse Koch arbeitete. Mit threnenunterfluteten Augen waren die Anwesenden Zeuge der letzten Ehrung der Verstorbenen, der noch die Sängereinen letzten Abschiedsgesang widmete. Tief bestimmt verließen die Lebenden den Friedhof. Wir drückten im Geiste unserem Genossen Koch die Hand; möge er sich mit der Bewusstheit trösten, eine Frau gehabt und geliebt zu haben, die würdevoll, der proletarischen Bewegung anzugehören, deren Vorkämpferin und alle unsere Genossen und Genossinnen in Ehren halten.

Die Wähler-Zählung im Kampfe für die Zuchtansvorlage. Die letzte General-Versammlung der Wähler-Zählung beschloß eine Petition des Münchener Handwerkerbundes an den Reichstag, welche bezweckt, den Reichstag zu veranlassen, ein Gesetz zum Schutze gegen den Mißbrauch des gewerblichen Koalitionsrechts zu fassen zu bringen, zu unterzeichnen. Somit stellen sich auch die hiesigen Innungsmitglieder in offene Feindschaft gegen die Organisation der Arbeiter — die Innungen, die ungenügend Politik betreiben und die Gesetzgebung einwirken können, fühlen sich Augenblicklich.

Zur Stadtvorordnetenwahl in Buxau. Der Bezirksverein Kaiser Friedrich beschloß bezüglich der im nächsten Monat stattfindenden Wahl eines Stadtvorordneten für die dritte Wahlabteilung die Wiederwahl des bisherigen Stadtv. Duschstein zu empfehlen. Unser Parteigenossen ersehen hieraus, wie rührig die Gegner sind.

Von der Elektrischen. Der Unglücksfall beim Straßenübergang am Breitenwege in Sudenburg hat nicht so arge Folgen gehabt, als im ersten Augenblicke angenommen wurde. Nach dem einstimmigen Urteil mehrerer Augenzeugen soll den Wagenführer nicht die geringste Schuld treffen. Er hatte schon von Weitem gesehen, daß der Bahübergang gesperrt war, vermute aber den Wagen nicht zum Stehen zu bringen, da die Handbremse versagte. Die elektrische Wagen durchbrach die Schranke, die vollständig verborgen war, zertrümmert wurde, und stieß auf den vorderen Wagen eines der Straßenpassierenden Güterzuges, wobei der getroffene Wagen entgleiste. Der auf dem letzteren befindliche Bremser wurde von seinem Sitze herabgeschleudert, kam aber mit dem Schrecken davon, während der Führer des elektrischen Wagens und ein neu angestellter Puffer der Straßenbahn, der zur Information mitfuhr, leichte Verletzungen davontrug. Der Thatsache, daß sowohl der elektrische Wagen wie der Güterzug in langsame Fahrt befanden und letzterer sofort zum Stehen kam, ist es zu danken, daß, trotzdem der elektrische Wagen, voll besetzt war, ernsthafte Verletzungen von Personen nicht in geringem Umfang vorgekommen sind. Der Wagenführer Behrens, ist am schwersten betroffen er hat Bein- und Kopfverletzungen erlitten. Der zweite noch lebende Wagenführer Wehmeyer ist mit einigen Kontusionen davon gekommen. Von den Fahrgästen hat nur der Dreizehnte Linde eine leichte Hautabschürfung erlitten. Die übrigen Fahrgäste sind mit dem Schreck davon gekommen. Das ist der zweite Unglücksfall, der durch Verletzung der Handbremse entstanden ist. Ein zweiter Zusammenstoß eines von der Neustadt kommenden elektrischen Wagens, und zwar mit einem Müllabfuhrwagen der Firma S. Spr., der von der Großen Mützstraße über die Kaiserstraße hinweg in die Albrechtstraße hinein fuhr, erfolgte Montag abend gegen 10 1/2 Uhr in der Kaiserstraße an der Ecke der Albrechtstraße. Der Abfuhrwagen wurde arg beschädigt u. a. brach ihm ein Rad. Auch der elektrische Wagen wurde dienstuntauglich; er fuhr noch eine Strecke ohne weitere Zuführung von Strom, blieb dann stehen und mußte von einem anderen elektrischen Wagen ebenfalls nach dem Sudenburger Depot geschleppt werden.

Die Beschäftigung von Schulkindern. Seitens der königlichen Regierung in Magdeburg sind sämtliche Ortschulbehörden angewiesen, in allen Fällen, in denen eine gewohnheitsmäßige Ausnutzung schulpflichtiger Kinder für gewerbliche Zwecke zu ihrer Kenntnis gelangt, bei den Ortspolizeibehörden den Erlaß entsprechender Polizeiverordnungen zu beantragen und, wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, an die Regierung zu berichten. Wir haben ein derartiges Vorgehen seit Jahr und Tag befürwortet.

Ueber die Schulverhältnisse in der Wilhelmstadt wird dem Centralanzeiger geschrieben: Die Schulverhältnisse in der Wilhelmstadt bedürfen dringlich einer Besserung, d. h. soweit es sich darum handelt, neuen Raum zur Unterbringung der Schulkinder zu schaffen. Als nächster Montag morgen dem Rektor der Wilhelmstädter Bürgerschule zahlreiche, besonders aus der Altstadt einzuwendende Kinder zugeführt wurden, mußte dieser den anwesenden Eltern mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns erklären, daß ihm die Aufnahme sämtlicher vom Magistrat überwiesenen Schüler und Schülerinnen wegen Ueberfüllung der Schule unmöglich sei und daß deshalb nichts anderes übrig bleiben werde, als die Kinder, deren Eltern unweit des Ulrichsplatzes wohnen, in die Altstadt Schulen zurückzuführen. Derartige Verhältnisse, wie sie infolge des rapide gesteigerten Zuzuges nach der Wilhelmstadt sich dort sowohl an den Bürgerschulen als an den Volksschulen entwickelt haben (mehrere Klassen der letzteren mußten bereits in der Bürgerschule untergebracht werden) erfordern gebieterisch Abhilfe und machen den baldigen Beginn des projektierten Schulneubaus zur dringlichsten Nothwendigkeit.

Der Umbau des altstädtischen Rathauses ist bekanntlich am 22. Juni d. J. beschlossen worden. Das Projekt wurde einem Ausschusse zur Vorberatung überwiehen. Die Ausschussberatung hat das Ergebnis gehabt, daß der vorgeschlagene Ausbau der südlichen Ecken nach den Geschäftsräumen abgelehnt und an Stelle dessen der Vorhau gemacht ist, dem allerseits anerkanntem Bedürfnis nach erheblicher Vermehrung der Geschäftsräume durch einen Neubau auf dem Platze der früheren Hauptwache zu genügen. Für den Fall, daß die Stadtvorordneten-Versammlung dem Vorhau ihres Ausschusses, zu einem Neubau zu schreiten, beizutreten sollte, beauftragt der Magistrat die Einsetzung eines gemischten Ausschusses, der das in Aussicht zu nehmende Bauprogramm vorzubereiten haben würde.

Ein Denkmal für Kaiser Friedrich. Von freisinniger Seite ist die Begründung eines Fonds zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich in Magdeburg angeregt. Zu diesem Zwecke wurde der Vorstand des Vereins Kaiser Friedrich als vorläufiger Denkmals-Ausschuß eingesetzt und um fünf Mitglieder erweitert. Wir wollen abwarten, wie sich die Nationalliberalen zu dieser Anregung stellen.

Der Wollhändler auf Reisen. In Magdeburg geht seit einiger Zeit ein Herr Knothe aus Forst i. S. mit „echter Schafrulle" hamieren. In hereditärer Weise preist Knothe seine Ware an und versichert, daß die Wolle echt sei, selbst bei dem stärksten Schweißhitz nicht einlaufe und den Feigehalt nicht verliere. Seine Angaben glaubhaft zu machen, giebt Knothe an, in Forst mehrere Mädchen zu besitzen, welche diese Wolle anfertigen, rühmt sich auch mit angeblich aufgegebenen Befellungen. Das Pfund Wolle berechnet Herr Knothe mit 4 Mark. Fachleute versichern uns, daß der reelle Wert dieser Wolle höchstens 2 Mark 25 Pfg. betrage und in verschiedenen Größen der Schafstämme für diesen Preis zu kaufen sei. Wir wissen nicht, ob Herr Knothe in Forst mehrere Mädchen beschäftigt. Vielleicht giebt er uns Auskunft auf die Frage: weshalb er immer kleinere Posten

Wolle von einer tiefen Stoma bezieht und diese Posten seitlich 2 1/2 bis 3 Centner übersteigen? Die Beantwortung dieser Frage muß aber recht bald erfolgen, da „Carl Knothe sen.“, Forst i. V., Berlinerstraße 20, nur echte Schafwolle, z. Bt. in Magdeburg, Kaiserstr. 56 b. u.“ nur bis Dezember 1899 in Magdeburg zu verkaufen gedenkt. Je nach der uns zugehenden Auskunft werden wir uns weiter mit dem Händler „echter Schafwolle“ beschäftigen.

Belanntlich wurde vor einigen Wochen in Subenburg ein Arbeiter verhaftet, welcher beschuldigt war, gestohlene Fahrradteile sich erworben und verbraucht zu haben. Die gestohlenen Gegenstände entstammten der Firma „Braunschweiger Fahrradwerke“ in Braunschweig, wofür man bei der dieser Tage vorgenommenen Inventuraufnahme umfangreichen Diebstählen auf die Spur gekommen ist, die dort seit Jahren verübt worden sind. Die Diebe, von denen man jetzt drei (Arbeiter und Angestellte) festgenommen hat, haben sich Materialien, Fahrradteile und ganze Fahrräder angeeignet und diese an zwei in Magdeburg wohnende Personen verkauft. Der Umfang der Diebstähle wird erst die im vollen Gange befindliche Untersuchung ergeben, doch steht schon so viel fest, daß die Werke um viele tausend Mark geschädigt worden sind.

Frau Mook (Jakobsstraße 51) ersucht uns ausdrücklich zu konstatieren, daß sich die von uns gerügte Züchtigung eines Dienstmädchens nicht in ihrem Hause sondern bei Frau Mook (Breitenweg 89/90) zugetragen hat. Wir kommen dem Wunsche der Frau Mook (Jakobsstraße 51) nach, obwohl wir ausdrücklich Frau Mook (Breitenweg 89/90) bezeichnet hatten.

Nächtliche Skandale in der Wallstraße. Dem General-Anzeiger wird geschrieben: Grabzu graueren sind die Zustände Sonntags abends in der Wallstraße. Sobald die in einem daselbst befindlichen Lokal abgehaltenen Tanzlustbarkeiten ihr Ende erreichen, ist auf der Straße ein derartiger Skandal, der jeder Beschreibung spottet. Regelmäßig Sonntags sind wüste Schlägereien. Der letzte Sonntag brachte eine Schlägerei, an welcher sich 30—40 Personen beteiligten und einem regelrechten Straßentampe nicht unähnlich sah. Daß hierbei die Fensterladen der Straßenanwohner nicht längst schon eingeschlagen sind, daran ist nur die selbige Arbeit schuld. Aber nicht nur Sonntags, sondern auch in den Nächten der Wochentage herrscht derselbe Zustand. Es vergeht fast keine Nacht, wo nicht Hilfe rufe erschallen. Erst am Freitag früh zwischen 3 und 4 Uhr wurde ein Gast auf die Straße befördert. Der Ruf des Letzteren: „Die Schläger nicht tot!“ dröhnte mehrmals aus der geängstigten Kneipe in den Morgen hinein. Das Polizei-Präsidium schafft hoffentlich durch Postierung eines Schutzmanns Abhilfe. — Wir betonen ausdrücklich, daß das hier bezeichnete Lokal seitens des Inhabers für Sozialdemokraten gesperrt ist. Es muß eine ganz nette Gesellschaft sein, welche die Wallstraße unsicher macht.

Teuerungszulagen haben 77 bei dienstältesten Schulpflichtigen erhalten. So wird aus Charlottenburg berichtet.

Alterlei Unfälle. Der Maschinenwärter Ludwig P. ist bei der Arbeit in einer Fabrik von einem Treibriemen erfasst und herumgeschleudert worden und hat dabei einen Armbruch erlitten. — Die verheiratete Arbeiterin Wilhelmine Sch. hat sich eine Nähnadel in den rechten Zeigefinger gestochen, wodurch an dem Finger eine Entzündung eingetreten ist. — Der Arbeiter Otto St. ist beim Rückerverladen auf der Degenischen Straße gefallen und hat das Schultergelenk gebrochen. Die Verletzten fanden Aufnahme in der Altsiedlerischen Krankenanstalt.

Nachrichten aus der Provinz.

Calbe a. S. (Ueberfahren und getötet.) Ein unbekannter, gut gekleideter Mann wurde Montag abend gegen 6 Uhr beim Uebergang über die Bahn von dem Verntürter Zuge in der Nähe der Hülgerischen Brücke überfahren und sofort getötet. Da die Barrieren ordnungsmäßig geschlossen waren, so ist nicht ersichtlich, wie der Unglücksfall herbeigeführt wurde.

Halle a. S. (Aus dem Lager der „Gebildeten“.) Im Duell erschossen wurde bei Halle am Sonntag der Referendar Waesjen aus Halber (Braunschweig).

Helfta. (Das Seil zerriß.) Einen schnellen Tod fand im Hoffnungslosigkeit der Bergmann Harbmann. Das Seil, welches die Streckenwagen zum Fördererziegel zieht, zerriß. Durch die zurücklaufenden Wagen erlitt H. so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Außerdem wurden zwei andere Fördererziegel schwer verletzt.

In welchem Zustande hat sich das Seil befinden und wie lange befindet es sich im Gebrauch? Diese Frage muß seitens der Aufsichtsbehörde beantwortet werden.

Aus dem Wahlkreise Calbe-Mischerleben.

Obwohl wir in objektiver Weise auseinandergesetzt haben, auf welche Weise der inkriminierte Artikel, auf Grund dessen Genosse Schmidt zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, in die Spalten der Volksstimme gekommen ist, obwohl wir die lügenhaften Behauptungen der dem Herrn Blacke zu Diensten stehenden Kreisblattpresse zurückgewiesen haben, fährt diese Presse mit ihren lügenhaften Angriffen gegen den Verurteilten fort. In einem Artikel, überschrieben: „Wie die Nationalliberalen über Majestätsbeleidigungen denken“, und der gleichzeitig vom Tageblatt in Schönebeck, Mischerleben und Aken verbreitet wird, wird erneut behauptet:

Herr Schmidt ist wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, und nach den bestehenden Gesetzen formgerecht dafür verurteilt. Der Artikel, dessen sich Herr Schmidt schuldig gemacht wurde nach seinem Erscheinen von dem sozialdemokratischen Hauptorgan, dem Vorwärts in Berlin als „roh“ bezeichnet (laut Berliner Tageblatt). Abfällig waren auch die Urteile anderer sozialdemokratischer Blätter über ihn, allerdings vielleicht zu einer Zeit, wo man den Verfasser noch nicht kannte und deshalb kein Interesse an ihm hatte. Aber ob Herr Schmidt oder ein anderer ihn verfaßt hat, das Urteil des Vorwärts, daß er „roh“ sei, bleibt bestehen. Für uns freilich ist es überhaupt gleichgültig, daß selbst die Feinde von König und Vaterland über den eigenen Bruder den Stab gebrochen haben.

Wir wiederholen: Weder der Vorwärts hat den Artikel als „roh“ bezeichnet, noch haben „andere sozialdemokratische Blätter“ abfällige Urteile über den Artikel gefällt. Wir haben nicht nötig auf diese systematisch wiederholten Unwahrheiten zu antworten, wir haben die gesamten Urteile der sozialdemokratischen Presse wiedergegeben und uns auch mit den Urteilen einzelner bürgerlicher Blätter beschäftigt. Wie schlecht muß es um die Sache der Nationalliberalen stehen, wenn sie schon heute zu dem Mittel der Lüge, der Entstellung und Verdrehung greifen. Wir haben dies vorausgesehen und auch schon die Verbreitung sämtlicher Preßstimmen als Flugschrift in Erwägung gezogen. Die Scham scheint den Nationalliberalen abgegangen zu sein.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Verbrannt.) In der Küche des Arbeiters August Nidel im Quergebäude des Hauses Hagelsbergerstraße 37/38 gerieten Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr der Fußboden und auf dem Herde liegende Kleider in Brand. Durch den Qualm erstickten die 3 und 2 Jahre alten Kinder Gustav und Martha. Die 7 Jahre alte Anna wurde beklübt aufgefunden und von den Ärzten wieder ins Leben zurückgerufen. Das Feuer ist wahrscheinlich durch aus dem Herde gefallene Kohlen entstanden.

Bonn. (Ein achtjähriges Mädchen vergewaltigt.) Das Schwurgericht verurteilte heute den Arbeiter Wegener, der die achtjährige Agnes Wommelsheim am 26. Juni vergewaltigt und dadurch getötet hatte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Johannegeorgenstadt. (Einsturz einer Wand.) Bei einem Brande, der in einem Dachziegelwerk in Wittigshof bei Johannegeorgenstadt ausbrach, wurden den Chemnitzer Neuesten Nachrichten zufolge neun Personen durch den Einsturz einer Wand in Maschinenhanje verletzt; drei von ihnen wurden in das Krankenhaus nach Zwickau gebracht. M.-Glöblich. (Beim Brande verunglückt.) Bei Hochneukirch verbrannte auf offenem Felde beim Verbrennen von Kartoffelstroh die Haushälterin Wilhelmine Mettmann.

Der begnadigte Student. Aus Darmstadt wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Zu Anfang d. J. 88 regte hier die von Studenten verübte Mißhandlung zweier friedlichen Handwerker, von denen einer in der Folge ein Auge einbüßte, großes Aufsehen. Der hauptsächlich schuldige Student Kopf aus Frankfurt a. M. wurde am 22. Juni von der Danziger Strafammer zu 8 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt, wovon 4 Monate 2 Wochen durch die Untersuchungsanstalt für verübt erachtet wurden. Jetzt verlautet, daß der Großherzog Kopf begnadigt hat. Auch die sonstigen Folgen der erkannten Gefängnisstrafe müssen Kopf erlassen worden sein, wenn es sich bestätigt, daß er gegenwärtig als Stabsführer bei einem Ulanenregiment dient.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen

Die Parteigenossen sind an dieser Stelle nochmals auf die beginnenden Unterrichtskurse zur Erlernung der Stenographie aufmerksam gemacht. Der Unterricht für Magdeburg findet bei A. Buchlow, in der Neustadt bei R. Schall, Fabrikstraße 5—8 heute abend. In Budaun beginnt der Unterricht Freitag bei G. Wehge, Thiemstraße 13. Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.

Walhalla-Theater. Ein neues Programm bedeutet für die Direktion Schred stets ein volles Haus, das begeistert die Gaben des bunten Festivals entgegennimmt, die sich in lustig wechselnder Abwechslung über das feste ergießen. — In Fr. Volzger, die den Reigen eröffnete, ist eine Konjunktüngerin von angenehmer Erscheinung und ebenbürtig anprecherender Stimme geworden, die sich sehr schnell in die Herzen der zahlreicheren Zuhörer hineinfand. Ihr folgte der Winkler Theodor Ottomar, der in vorläufiger Abwechslung mit Klagen über die Unmöglichkeit eine Reihe historischer Persönlichkeiten darstellte. Bari und Perride, das sind seine Hauptrequisiten, dazu kommt eine äußerst bewegliche Physiognomie und in rascher Folge erscheinen: Wagner, Liszt, Josen, Eugen Richter, Windhoff, Papalevo, und vom neuen das neueste „Gold und Drehschuh“ vor uns her. — Jetzt tritt der Hühner in seine Rechte, das Tauma-Quartett erscheint, zwei Herren und zwei Damen, vier Tanz- und Gesangsünstler, die eine zwerghaft schillernde Variation des „Nirborsers“ aufs Tapet brachten, dem Tempelhofer Tanz. Der Beifall war ein geradezu ungeheurer und konnte die erreichte Wirkung kaum noch übertrumpfen werden durch die „Coopers“, die in ihrer grotesken Pantomime an die bekannte Hanlon-Truppe erinnerte. Ganz neu und hier wohl kaum schon gesehen produzierten sich die Brothers Thea, Equilibristen am rotierenden Apparat. Der Kopfstand auf dem sich um eine Axt drehenden Trapes war ein tollkühnes Wagnis, das man mit angehaltenem Atem nur verfolgen konnte und das mit rauschendem Beifall gelohnt wurde. — Die schwierigsten Evolutionen auf dem Rade führte der Kunstfahrer „Eubel“ fast spielend aus, alles aber weit hinter sich liegend die „Rambler“ die eine Jongleur-Szene in einem Pariser Restaurant vollführten. Herr Schred hat nach dem bekannten Rezept gehandelt, „das Beste zuletzt“, im Fluge sind die drei Stunden vergangen und werden wir in den nächsten Tagen häufig den bekannten Zettel an der Kasse drängen sehen: Ausverkauft. W. S.

Briefkasten.

Emma W. Wir sind gegenwärtig so mit Stoff überladen, daß wir bereits seit Monaten den Unterhaltungsstil eingeschränkt. Später überflüssigen wir Ihre Erzählung. — Sch. Ist uns unbekannt.

Gewerbegerichts-Beifugung! Donnerstag, den 19. Okt., Versammlung bei Großhumm.

Verichtigung. In unserem vorausgehenden Fahrplanbuch hat sich der verd. — Druckfehlerverweis eingeschlichen. Derselbe läßt den voll Berlin nach Magdeburg abends 8 Uhr abfahrenden Zug um 11 Uhr in Neustadt, aber erst 55 Minuten später in Neustadt ankommen. Es muß 11.05 statt 11.55 heißen.

Schuhwarenhaus Bernstein in der Exped. der Magdeb. Zeitung Breiteweg 6, schrägüb. d. Hauptpost giebt bei billigen, streng festen Preisen nur gegen Vorzeigung der Volksstimme 5 Prozent Rabatt.

Kaiserstr. 20 Warenhaus S. Pincus Kaiserstr. 20

Achtung! Großartiger Gelegenheitskauf! Enorm billig!

Zu noch nie dagewesenen billigen Preisen empfehle:

Einen kolossalen Posten Steingutteller Stück 2 Pf. | Goldrandbecher Stück 7 Pf.
Einen Posten Untertassen . . . 12 Stück 5 Pf. | Karlsbader Gläser Stück 5 Pf.

Kaiserstr. 20 Warenhaus S. Pincus Kaiserstr. 20

Achtung! Stenographie. Achtung!

Die Unterrichtskurse zur Erlernung der Stenographie beginnen heute, Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für Magdeburg bei A. Buchlow, Katharinenstraße 5; für Neustadt bei R. Schall, Fabrikstraße 5/6. Morgen, Freitag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für Budaun bei G. Wehge, Thiemstraße 13. Anmeldungen werden bis zu diesem Abend angenommen. Der Vorstand.

Arbeiter-Gesangverein Alte Neust.

Bezugnehmend auf unser

Stiftungsfest

am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr in der Krone, Mosbenerstr. bemerken wir berichtigend, daß nur Gäste, durch Mitglieder eingeführt, Zutritt haben. Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

des

Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands

Mitgliedschaft Magdeburg

am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Müller, Tischlerkrugstrasse 22.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Mitgliedschaft, Bericht des Kassierers und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Diskussion über einen von der Mitgliedschaft (Speicherarbeiter) Hamburg gestellten Antrag zur nächsten Generalversammlung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschönerung.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Tischlampen mit galvanisierten Füßen von 2 Mk. an.

Majolika-Tischlampen großer Brenner, v. 3 Mk. an.

Hängelampen in schöner Ausführung und guten großen Brennern von 3 Mk. an.

Ampeln, Wandarme, Nachtlampen, Wand-, Flur-, Küchenlampen von 30 Fig. an.

Sämtliche Bestand- und Ersatzteile einzeln. 2857

O. Janoschek vorm C. Marquardt Große Junterstraße Nr. 6a der „Budauner Bierhalle“ gegenüber.

Möbel, Spielsel und Polsterwaren reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister Tischlerkrugstraße 26. 770

Kaufe Kanarienhähne und Weibchen bis 20. d. Mts. Bezahle höchste Preise. 2858

J. Tischler, Annastr. 25.

Große öffentliche Volks-Versammlung

Dienstag, den 24. Oktober 1899, abends 8 Uhr im Dreikaiserbund, Gr. Storchstr.

Tages-Ordnung: 855

1. Der wissenschaftliche Niedergang der deutschen Sozialdemokratie. (Referent: Rudolf Lange, Lübeck.)

2. Freie Diskussion.

Der Einberufer: R. Herrmann, Schöningerstraße 33/34.

Sattler und Tapezierer.

Oeffentliche Versammlung 2860

Sonnabend, den 21. Oktober 1899, abends 8 Uhr, in der Burghalle, Tischlerkrugstr. 28.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Referent: Kollege Fürstenau, Hannover.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Vogt's Schauf- und Speise-Wirtschaft, 2727

Notenstraße 21.

Kräft. bill. Mittags- u. Abendmahl.

Kanarienhähne und Weibchen billig zu verk. bei Lütke, Winklerstr. 43, v. 2 Tr.

Gut erh. Herren-Pelzinnen-Mantel billig zu verkaufen Senebierstraße 4a, S. 2 Tr.

Kinderwagen billig zu verkaufen Leipzigerstraße 2, S. 2 Tr.

Ein gr. Handwagen für Bäcker od. Wurfbekäufer billig zu verkaufen Lützenstr. 5.

Straf-, Geldausg., Gef., Bekr., Testam., Saubgraf, Rechtskons., Tischlerkrugstr. 27, S.

Der Krieg um Transvaal.

-bg- Wenige Wochen nach Abschluß der Haager Friedenskonferenz, wo die englischen Delegierten eine so hervorragende Rolle gespielt haben, beginnt die englische Regierung einen brutalen Angriffskrieg. Die erste Probe auf die „Humanisierung“ des Krieges liefert England dadurch, daß es Dum-Dum-Geschosse nach Afrika sendet. Dieser mit vollendeter Frivolität eingestandene Widerspruch zwischen Reden und Handeln ist in der Presse zur Genüge beleuchtet worden. Es ist natürlich, daß das „perfide Albion“ dabei nicht zu gut fortgekommen ist.

Wir Sozialdemokraten können in das allgemeine Enttäuschungsgeheiß nicht so ohne weiteres einstimmen, wir sind nicht in der Lage, das Vorgehen Englands moralisch zu taxieren, wir müssen nach dem historisch-wirtschaftlichen Rechte fragen. Der kleinen Burenrepublik, die um ihre Selbstständigkeit gegen einen übermächtigen Feind kämpft, können wir unsere Sympathie nicht versagen. Auf der anderen Seite aber müssen wir das Expansionsbedürfnis des Kapitalismus anerkennen, der sich durch ein rückständiges Bauernvolk in der Erfüllung seiner historischen Mission nicht aufhalten lassen kann. Wir müssen uns also bei der Beurteilung der Sachlage lediglich fragen: Ist denn der Krieg überhaupt geeignet, diese wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu beschleunigen? Oder bildet er nicht vielmehr gerade in dieser Hinsicht ein retardierendes Moment? Eine Beantwortung dieser Frage, die für unsere Stellungnahme von ausschlaggebender Bedeutung ist, kann uns natürlich nur eine genaue Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse geben.

Eine Untersuchung nach dieser Richtung hin hat der italienische Gelehrte Ferrero angestellt, und er kommt da zu dem Resultat, daß der Krieg, gerade von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ein ungerechter genannt werden muß. Die englische Presse hat, um ihn zu rechtfertigen, die Verhältnisse in Transvaal so geschildert, als ob die englischen Emigranten dort Sklaven wären, die der Willkür der Buren schutzlos preisgegeben seien. Das sind aber, wie Ferrero ausführlich, romanhafte Uebertreibungen. Jedermann weiß, daß die Buren die Nachkommen der holländischen Kolonisten und fanatische Protestanten sind, die in ihrer großen Mehrzahl noch von Ackerbau und Viehzucht leben; sie geben ein seltsames Bild einer einfachen und primitiven Gesellschaft, die jedoch in ihrer Religion und in ihren sozialen Ueberlieferungen die Grundsätze einer höheren Kultur besitzt. Sie leben wie ein altes barbarisches Volk, über das Land zerstreut, jagend und gegen die Wilden kämpfend. Sie lieben die Einsamkeit, leben einfach, sind körperlich kräftig, sehr religiös, vortreffliche Schützen und leidenschaftliche Bibelleser, also eine Gesellschaft, die wenig produziert und wenig konsumiert und die früher oder später zum Industrialismus emporsteigen und sich demgemäß umbilden muß.

In ein solches Land der ländlichen Lebensweise, der biblischen Atavismen strömten plötzlich nach der Entdeckung der Goldfelder Kapitalisten, Händler, Grubenleute, Abenteurer aus allen Ländern der Erde, insbesondere aus England. Es ist begreiflich, daß die Anschauungen und Gesetze dieser protestantischen Sunniten mit ihrem biblischen Geiste den englischen Kapitalisten mit ihren luxuriösen Gewohnheiten, dem Trieb nach raschem Gewinn und modernen Neuerungen nicht sonderlich gefielen. Es handelt sich eben hier nicht bloß um zwei verschiedene Nationen und Sprachen; zwei Kulturen stehen sich gegenüber: eine einfache ackerbau-

treibende Welt und eine komplizierte industrielle. Es ergaben sich daher häufig genug Gründe zur gegenseitigen Unzufriedenheit. Wenn dies auch nicht zu leugnen ist, so muß es aber als unwahr bezeichnet werden, daß die Buren die Engländer wie Sklaven behandelt und alle geschäftliche Entwicklung in Transvaal behindert hätten. Seit fünfzehn Jahren haben sich Tausende von Engländern mit Millionen Reichert, gewinnbringende Industrien wurden begründet, der Handel hob sich zu ungeahnter Blüte, Pretoria und Johannesburg entwickelten sich zu großen Handels- und Verkehrsmittelpunkten, neue Eisenbahnen wurden gebaut u. a. All das sind Beweise genug, daß die etwas schwerfällige und rückständige Gesetzgebung der Buren sich nach und nach vom modernen europäischen Kulturfortschritt beeinflussen ließ.

Es blieb freilich noch Grund genug zu beschwerden. Die nervöse Ungeduld der englischen Kapitalisten konnte nicht reich genug und nicht völlig von der ländlichen Schwerfälligkeit des burenischen Verwaltungsgeistes befriedigt werden. Aber als das Wahlrecht der Fremden zur Diskussion kam, gaben die Buren nach langen Verhandlungen endlich doch nach und billigten den „Mitländer“ nach fünfjährigem Aufenthalt in Transvaal das Wahlrecht zu. Was wollte man mehr? Wenn man diese Reform annahm, konnten die Fremden — der Mehrzahl nach Engländer — nach wenigen Jahren ein Hauptbestandteil des gesetzgebenden Körpers werden, sie konnten sich der Herrschaft bemächtigen oder wenigstens einen großen Einfluß erlangen ohne einen Tropfen Blutes zu vergießen, — und traut ihres Besitzes und ihrer Bildung die Gesetze und Einrichtungen des Landes abändern.

Der Krieg ist daher ungerecht, weil ihm das treibende Motiv fehlt, das allein ihn rechtfertigen könnte, nämlich die Feindseligkeit der Buren gegen die englische Zivilisation. Aber dieser Krieg ist auch ein Irrtum, den England bereuen wird, selbst, wenn es siegt. Die öffentliche Meinung in England wurde durch Anrufung des Nationalstolzes für den Krieg gewonnen und die Kriegspartei proklamierte in Zeitungen und in Versammlungsreden: England müsse in Südafrika die britische Suprematie ein- für allemal festlegen. In Südafrika leben nebst der zahlreichen eingeborenen Bevölkerung zwei weiße Volksstämme: die Engländer und die Holländer, beinahe in der gleichen Anzahl, von zusammen einer halben Million Seelen. In ganz Südafrika stehen die Engländer gegen die Holländer, in der Politik, im Handel, in den Gewerben.

Diese Verhältnisse mußten einen Nationalitätenkonflikt herbeiführen, der niemals ausbleibt, wenn in einem Lande zwei zivilisierte Völker wohnen, die nach Sprache und Tradition wesentliche Verschiedenheiten zeigen. Das englische Volk scheint den Krieg in Transvaal zu wünschen, weil es sich überzeugt hat, daß ein Sieg Englands über Transvaal der Niederhaltung der ganzen holländischen Rasse in Afrika gleichkäme, und es läßt sich von dieser falschen Voraussetzung zu kriegerischem Vorgehen hinreißen, das selbst im Falle eines Sieges ihm nach kurzen Triumpfen dauernden Schaden und Nachteil bringen muß. Die Folge eines Krieges gegen Transvaal wäre vorerst das Aufwachen des Rassengefühls bei allen Holländern Südafrikas, also auch bei den Holländern, die englische Unterthanen sind. Ein Krieg kann von Nutzen sein, wenn er zwischen einem zivilisierten und einem barbarischen Volke geführt wird, weil es unmöglich ist, einen Kampf mit dem in Religion, Bildung und geistiger Struktur völlig verschiedenen, auf niedriger Kulturstufe stehenden Feinde mit

moralischen Mitteln auszufechten. Aber bei zwei Völkern, die, wie die Engländer und Holländer, die Grundsätze der Zivilisation gemeinsam haben, kann der Kampf um die Vorherrschaft nicht mit dem Stock ausgesprochen werden, sondern eine Rasse muß kraft ihrer vorgeschrittenen Zivilisation die andere in sich aufnehmen.

Wie immer der Krieg auch ausfällt, er wird die Anglizierung jener Gegenden nur aufhalten und erschweren. Die Engländer können die Holländer in Südafrika nicht ausrotten. Der Krieg aber wird eine furchtbare moralische Gegnerschaft zwischen den beiden Rassen entzünden, die hemmend und hindernd auf den zivilisatorischen Fortschritt Südafrikas einwirken müßte; er bedeutet daher auch einen Schaden für die Menschheit und für die Kultur. —

Aus der Parteibewegung.

Die gesamte Parteipresse ist voll des Lobes über den Verlauf des Parteitagess der deutschen Sozialdemokratie. Es ist uns ver sagt, die Preßstimmen alle wiederzugeben und begnügen uns daher mit dem Urteil der Wiener Arbeiterzeitung, das sich auch mit dem anderer Parteiblätter deckt. Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Hannover ist geschlossen worden. Wiewohl noch niemals der Delegiertenversammlung einer Partei, hat sich diesem Parteitag die allgemeine Aufmerksamkeit der politischen Kreise, und zwar nicht nur Deutschlands, zugewendet. Sollte doch den Mittelpunkt seiner Verhandlungen die Erörterung der Grundlagen des Parteiprogramms bilden, jene Diskussion, die, von Bernstein vor anderthalb Jahren angeregt, schon den vorjährigen Stuttgarter Tag beherrschte und von da an in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen, in der Presse, in den Versammlungen immer mehr in den Vordergrund trat. Die ganze politische Welt verfolgte diese Diskussion mit gespanntem Interesse, denn keine Partei beeinflusst das öffentliche Leben in Deutschland stärker als die Sozialdemokratie, die heute weit über die Grenzen der Parteiorganisation hinaus die geistigen und politischen Strömungen beherrscht. Die Erwartungen, die man an den hannoverschen Parteitag geknüpft hat, hat er erfüllt und übertroffen. Man darf ohne Ruhredigkeit sagen: es giebt keine Delegiertenversammlungen einer Partei, in der eine solche Diskussion, wie sie in Hannover über die „Bernstein-Frage“ geführt wurde, möglich wäre, möglich im Sinne der Sachkunde, der Gründlichkeit und des Eifers, der bei allen oder fast allen Rednern hervortrat. Mit Bewunderung muß uns dieses Bild eines großen geistigen Kampfes erfüllen, und wie sehr es ihnen gegen das Gefühl gehen mag, dem Gefühl der Bewunderung müssen auch die erbittertesten Gegner der Arbeiterpartei Ausdruck geben. Es war eine Freude, zu sehen, wie in diesem Meinungsstreit Redner auf Redner hertrat, sprechend aus dem tüchtigsten Wissen, aus reichster Erfahrung, aus jener glühenden Liebe zur gemeinsamen Sache. Welche bedeutenden, scharf ausgeprägten Individualitäten standen da nebeneinander und gegeneinander auf! Auch in dieser Hinsicht steht die deutsche Partei ohnegleichen da. Seit jeher hat man sich bemüht und versucht es wohl auch jetzt noch manchmal, die Arbeiterpartei als eine willenlose Herde darzustellen, die von ein paar „Führern“ getrieben

Fenilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(119. Fortsetzung.)

„Aber man hat ihn ihr nicht gegeben,“ sagte Helene. „Wer hätte es thun sollen?“ fuhr Konrad fort. „Die Mutter konnte nicht geben, was sie selbst nicht besaß, und der Vater? — er hatte den Kopf voll Sorgen, er mußte immer daran denken — wie kann ich die Kinder ernähren... sie zu erziehen hatte er keine Zeit — und so hat er einzig durch seine Unzufriedenheit den revolutionären Geist in sie verpflanzen können.“

„Und Lenes guter Freund — Konrad Ebner?“ fragte sie. „Ach der — der hatte damals so viel mit sich zu thun... bei dem wogten die neuen Ideen noch ganz ungeklärt durch einander, da trug sie die Lene viel sicherer in ihrem jungen und begeisterten Herzen.“

„So haben Sie die Lene gesehen — so viel von ihr gehandelt?“

„Ich habe die Lene sehr lieb gehabt,“ sagte er leise.

„Und doch haben Sie sie aufgegeben?“

Ein rasch aufflammender Blick traf sie aus seinen Augen. Dann zog er die Brauen zusammen, und sich den blonden Schnurrbart streichend, starrte er auf den schongeaderten Marmor des Tisches.

„Meinen Sie, daß es mir leicht geworden ist? Die Lene wußte nicht, was sie mir angethan... sie hat sich auch nie darum gekümmert... Sie hat einen anderen geliebt und geheiratet.“

„Weil er der erste war, der ihr gesagt hat, daß er sie lieb habe, daß sie ihm das teuerste auf der Welt sei... Kann denn niemand begreifen, welche bestimmenden Eindrücke das auf ein junges Herz macht? Die Sehnsucht ist da... die erwacht so früh... und man prüft nicht und zweifelt nicht... Sellenfest glaubt man, weil man ja alles glaubt, so lange

man gut ist. Und da ist niemand, der ein Mädchen von seinen Illusionen befreite, die so kindisch sind, und zugleich so ungeheuerlich, wie sie nur ein Geschöpfchen haben kann, das nichts weiß, nichts, gar nichts kennt und versteht... nicht einmal seinen eigenen Körper — da bleibt denn alles dem Zufall überlassen... aber es giebt nicht immer glückliche Zufälle.“

Sie legte die Finger leicht über die Augen, die unteren Partien ihres Gesichts zeigten ein nervöses Zucken.

Er sieht sie an — sein Atem ist heiß — stürmisch pocht ihm das Herz, ihr Bekenntnis hatte ihn tief erschüttert, aber er fürchtet, ein Wort zu sagen, das ihr mißfallen und sie verletzen könnte.

Als sie aber schweigend verharrt, neigt er sich ihr entgegen. „Das ist nun alles vorüber,“ sagt er ernst und gehalten.

„Vorüber?“ wiederholt sie, wie für sich hin.

„Ich dachte so... Sie haben doch Ihre Ehe getrennt...“

Vorschend sieht er sie an und als sie leise nickt, steigt eine kräftige Röte in seine Wangen und aus seiner Stimme klingt es wie zurückgehaltener Jubel: „Sie hatten den Mut, ein Verhältnis zu lösen, das niemals ein sittliches gewesen ist, denn dieser Mann hatte in seinem unsäglichem Hochmut sein Weib nie als seine Gleiche betrachtet. Er hat dies Uebergewicht nicht aus seiner höheren Bildung geschöpft — die denkt anders... auch nicht aus seiner höheren Sittlichkeit — sondern einzig und allein aus seiner ökonomischen Ueberlegenheit.“

„Sie haben den ungleichen Pakt zerrissen — es war eine sittliche That!... Jetzt sind Sie frei und unabhängig... heute brauchen Sie niemand zu fragen... heute können Sie Ihren Gatten selbst wählen, und eine Ehe schließen, die einzig diesen Namen verdient... Eine Ehe, wo sich zwei Menschen zusammenfinden in ihren reinsten, subtilsten Empfindungen, aber auch in ihrem kräftigsten physischen Wollen und Verlangen und —“... er hielt inne, in flammender Erregung — und plötzlichem Zagen... seine zitternden Lippen

sprachen nicht weiter... aber seine Augen setzten die leidenschaftliche Werbung noch fort.

Und sie empfand den ganzen Zauber dieser keuschen und frischen Männlichkeit, und es ist der berückendste, den ein Mann auf ein Weib üben kann — aber gerade seine jungen fliehenden Augen brachten einen Stachel in ihre Seele ein jähes Erschrecken.

Sie kam sich ihm gegenüber plötzlich alt vor... ihre Blüte war abgestreift. Eine so schreckliche Ehe, wie die ihrige, verwüstet sie nicht den Geist und den Körper? Und kann aus neue erblühen, was zerpfückt und zerretet ist? Wie ein großer Schmerz überkommt sie's, über ein zu spät erkanntes, unwiederbringlich verlorenes Glück.

Thränen stürzen in ihre Augen, die sie rasch mit den Händen bedeckt.

Und er steht noch immer vor ihr mit wild klopfendem Herzen, ein Wort erwartend, einen Blick nur, der diesen Sturm in seinem Innern beschwören soll; aber als er den Schauer bemerkt, der sie überrieselt, erleichtert seine männliche Wangen.

In diese bewegte Stille drang das Abendläuten vom Turme von Andelfingen her, dem die Glocken von Ossingen antworteten.

Konrad richtete sich auf.

„Ich muß fort!“

„Auch sie erhebt sich.“

„Wenn Sie den Zug in Ossingen noch erreichen wollen, dann ist es hohe Zeit.“

Er rührt sich nicht — er steht unbeweglich — was geht in ihm vor?

Da ergreift sie's wie Angst, und in zitternder Verwirrung — sie weiß kaum, was sie thut — springt sie gegen die Thür und öffnet sie.

Er nimmt seinen Hut und geht ihr nach.

Sie sind im Stiegenhaus — oben hat das Pöffen und Hämmern aufgehört.

(Fortsetzung folgt.)

wird. Und gerade in der Sozialdemokratie zeigen die Männer, die in den vorderen Reihen kämpfen, alle ein eigenes Gesicht, eine imponierende Selbstständigkeit des Denkens und Meinens und einen herrlichen Freimuth des Wortes. Jenes Mamelukentum, das in bürgerlichen Parteien und den „freisinnigen“ zum Teil „unentwegt“ die Führer umgibt, hat in der Arbeiterpartei keinen Platz. Und das ist auch nur selbstverständlich. Der Sozialdemokrat hängt mit Leib und Seele an der Sache des Proletariats, und wie er für sie seine ganze Persönlichkeit einsetzt, so sucht er auch mit der ganzen Kraft seines Denkens die Probleme des Sozialismus und der proletarischen Bewegung zu umfassen. So spiegelt sich denn in den Meinungskämpfen der Partei nur ihr starkes, tiefgehendes geistiges Leben wieder. Der sozialdemokratische Dogmatismus ist ein stehendes Schlagwort, aber man nenne eine Partei, wo die Grundlagen des Programms einer so eindringenden und scharfen und immer von neuem aufgenommenen Kritik unterworfen würden, wie es innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geschieht! In welcher anderen Partei könnten wohl die inneren Vorgänge in solcher offener Weise, mit solcher rücksichtslosen Wahrhaftigkeit besprochen werden! Das, was die Gegner als Zeichen des beginnenden Zwiespalts seit einem Jahrzehnt verzeichnen, das ist in Wahrheit nur der Ausdruck der starken Lebenskraft, der nie rastenden inneren Fortentwicklung. Die Diskussion über die „Bernstein-Frage“ hat nach den heftigsten Debatten mit der fast einstimmigen Annahme einer Resolution geendet, in der sich die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei glänzend kundtut. Einig und stark und dabei in inneren Kämpfen an geistiger Macht wie an äußerer Größe fortwachsend, weist diese Partei, die seit mehr als einem Menschenalter besteht, nach so viel Erfolgen, nach solcher Ausdehnung in die Breite der Volksmassen, nach nicht ein Zeichen des Erstarrens und der Verflüchtigung auf, ist jung und herrlich wie am ersten Tag.

Und nun beachte man das Urteil eines deutschen Blattes, des Organs des Bundes der Landwirte, der Deutschen Tageszeitung.

Das strenge Blatt schreibt: „Am Karften war Nebel, der sich ganz entschieden gegen die Anträge (die Alkoholfrage betreffend) erklärte, weil er genau weiß, was die Partei dem Alkohol verdankt.“ Schmutzian! —

Soziale Bewegung.

Inland.

Der Arbeitsmarkt schreibt: Die ersten Zeichen einer ungünstiger werdenden Situation sind auf dem Arbeitsmarkte bereits zu bemerken. Während vom August zum September der Andrang der Arbeitsuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen abzunehmen pflegt, hat er diesmal zugenommen: Auf 100 offene Stellen waren im August nur 92,5 Arbeitsuchende gezählt, im September aber 98,2. Dagegen die Mitgliederbestände der Krankenkassen noch keine Abnahme (vielmehr eine geringe Zunahme) zeigen, so ist doch die Steigerung des Andranges an den Arbeitsnachweisen um diese Jahreszeit eine so auffallende Erscheinung, daß sie als die bezeichnende Tatsache angesehen zu werden verdient.

In Lüneburg wurde ein Zimmerer zu drei Tagen Gefängnis auf Grund des § 153 der N.-G.-D. verurteilt. Er hatte einem Kollegen den Verbandsbeschluss mitgeteilt, der dahin ging, für die arbeitswilligen Maurer keine Arbeiten zu liefern. Daran habe er die Bemerkung geknüpft: „Da kommt es halt, wie Du willst; wenn Du aber noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe hast, weißt Du, was Du zu thun hast.“ Dagegen die Verurteilung, die auch von der Berufungsinstanz aufrecht erhalten wurde. Die Äußerung sei im gegebenen Falle eine Beleidigung des Angeredeten gewesen. Anerkannt wurde, daß im übrigen das Verhalten des Zimmerers nicht strafbar sei, denn die öffentliche Ordnung sei nicht gefährdet worden.

In Dresden ist dieser Tage ein Maurer, der während des Maurerstreiks gegen den § 153 geübt haben sollte, vom Gericht freigesprochen worden; es war der erste Freispruch, der in den vielen Klagen wegen des letzten Maurerstreiks erfolgte. Der Angeklagte sollte arbeitenden Maurern zugerufen haben: „Armut nur auf einem andern Bau, Ihr gütiger... Hunde, dann schlagen wir Euch die Knochen kaputt!“ Der Richter urteilt, daß die Äußerung so gehalten sei, die andere Arbeiter hätten nichts gehört. Der Staatsanwalt stellte die Strafe in das Ermessen des Gerichts. Nach kurzer Beratung erfolgte die Urteilserkundigung, die zum Freispruch lautete. In der Begründung wurde bemerkt, daß durch die Äußerung des Angeklagten kein Schaden entstanden sei, daß die Äußerung gefallen ist. Jedoch wurde angenommen, daß sie keinen ernstlichen Verdacht einer Drohung darstelle, daß sie vielmehr lediglich eine im Unmut gesprochene Nebenbemerkung sei.

Für die Revision des Vergütungsgesetzes ist der bayerischen Abgeordnetenkammer ein Gesetzentwurf zugegangen. Durch die Novelle soll Titel VII der Reichsgewerbe-Verordnung auf die Bergarbeiter ausgedehnt werden. Die Bestimmungen über Ein- und Ausreise der Arbeiter werden dem besonderen Betriebsverhältnissen angepaßt, für wiederjährige Arbeiter Arbeitsbücher vorgeschrieben und Arbeitsnennungen obligatorisch für alle Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern vorgeschrieben. Die Betriebsinspektion wird den Bergarbeitern ausgesetzt und dafür sind eigene Inspektoren in Aussicht genommen. Der Inspektor sollen unabhängige Hilfskräfte ähnlich wie bei der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion beigegeben werden. Der Bergwerksbesitzer wird verpflichtet, zu erlauben, daß die Arbeiter auf ihre Kosten durch einen Lohn, oder, wenn ein fester Lohn ausreicht, durch einen Lohn aus ihrer Mitte gewählten Betriebsinspektoren des Bergwerkes bei Feststellung von Unfällen bei Gebirgen überwachen zu lassen. In im Falle der Festlegung der Arbeit vor bestimmten Arbeitszeiten des Gebirges

nicht bis zu dem in der Arbeitsordnung bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen, so ist der Arbeiter berechtigt, die Feststellung seines Lohnes nach Maßgabe des in der vorausgegangenen Lohnperiode für dieselbe Arbeitsstelle gültig gewordenen Gehaltes zu verlangen. Der Rauminhalt der Fördergefäße muß in deutlicher, außer sichtbarer Weise an den Gefäßen zu erkennen sein. Genügend und vorschriftsmäßig beladene Fördergefäße zur Strafe in Abzug zu bringen, ist unzulässig. Auch das Statut für die Knappschichtstufen wird von dem Gesetzentwurf in verschiedener Richtung geändert, worüber gelegentlich näheres zu berichten sein wird. Im großen und ganzen bringt, so schreibt das Organ der Bergarbeiter, der Gesetzentwurf eine erhebliche Verbesserung des bisherigen Zustandes; sobald er uns vorliegt, werden wir ihn ausführlich besprechen.

Ausland.

Der Konflikt der Tischler in den sieben bänischen Provinzstädten ist nun durch den Entscheid eines Schiedsgerichts erledigt. Bekanntlich entstand die große bänische Arbeiterausperrung auf Grund eines Konfliktes im Tischlerfach in sieben bänischen Provinzstädten, weil die Gesellen einen Vergleichsvorschlag anfangs nicht annehmen wollten, der sie ungünstiger stellte, als die Gesellen an anderen Orten; aber schließlich waren sie auch dazu bereit. Beim Abschluß der Ausperrung wurde bestimmt, daß dieser Konflikt durch ein Schiedsgericht entschieden werden solle. Dieses Urteil ist nun gefällt. Die Entscheidung ist ein absoluter Sieg der Gesellen. Sie haben alles wieder erreicht, was sie im April vorigen Jahres verlangten und warum die große Arbeiterausperrung verhängt wurde.

Die Gemeindeverwaltung von Saint-Gilles in Belgien besolbet künftig nach einer kürzlich eingereichten Vorlage die von ihr angestellten Lehrkräfte nach dem Grundsatz: für gleiche Arbeit gleiches Gehalt; also werden die Lehrerinnen pekuniär ebenso gestellt sein, wie ihre männlichen Kollegen. Denselben Grundsatz hat bereits die Verwaltung von Fette-Saint-Pierre in einer Sitzung im November 1898 angenommen.

Vom 14. bis 16. August fand in Chicago die erste Jahresversammlung der „nationalen Vereinigung farbiger Frauen“ statt, an der 144 Delegierte aus 16 verschiedenen Staaten teilnahmen. Die Stimmrechts-gesellschaften des Staates Iowa lassen jetzt eifrig Petitionen zirkulieren, in denen von den gelehrenden Körperschaften für 1900 ein den Frauen günstiges Amendement zum Wahlrecht gefordert wird.

Zur Dienstbotenfrage bringt das Vormens-Journal vom 3. September einen längeren Aufsatz von Prof. Mary Roberts Smith. Den Hauptgrund, weshalb so viele Mädchen die Arbeit in Geschäften und Fabriken dem häuslichen Dienst vorziehen, sieht die Verfasserin darin, daß die Mädchen in Geschäften und Fabriken eine bestimmte, abgegrenzte Arbeitszeit, dann aber volle Freiheit haben. Die Hausfrauen müßten eben lernen, die Arbeitszeit fest zu regeln, und dürften die Dienstboten nicht mehr wie Dienende behandeln, die jeden Augenblick zu ihrer Verfügung stehen müssen, sondern in ihnen Angestellte sehen, die eine bestimmte Arbeit in einer bestimmten Zeit zu leisten haben, dann aber frei sind.

Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche.

M. Hannover, den 16. Oktober 1899.

Hauptversammlung.

Den Vorsitz führt, wie in der gestrigen Versammlung, Apotheker Strömberg-Leipzig, ihn unterstützenden Reichs-Hannover und Graf-Frankfurt (Arztmeister). Als Gäste sind heute außer den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Reichler, Wolfenbühler, Fischer (Sachsen), Zumbach, Horn, der freisinnige Reichstagsabgeordnete Fischbeck, Regierungsrat Dr. Klein vom Reichsversicherungsamt, Regierungsrat Richter von der Altersversicherungskasse Hannover, Senator Behle vom Magistrat Hannover und Privatdozent Dr. Jaström-Oberdorf anwesend.

Außerdem die eben genannten Herren large Begrüßungsansprachen gehalten haben, wird in die Tagesordnung eingetreten. Der Bericht der geschäftsführenden Kasse über die Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre gibt Direktor Uhlmann-Leipzig. Die geschäftsführende Kasse ist die Ortskrankenkasse Leipzig. Ihre Position auf Veranlassung der Reichskasse ist dem Reichskassier zur Kenntnis übergeben worden. Es sind außerdem Petitionen auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes und Veranschlagung der Krankheits-, Unfall- und Altersversicherungs-Gesetzes im allgemeinen eingereicht worden. Der Vorsitz hat sich weiter mit dem Antrag der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. beschäftigt, eine allgemeine Statistik der einzelnen Kassen herauszugeben. Hat die Frankfurter Statistik mit Zustimmung angenommen, aber von der Ausführung des ganzen Werkes Abstand genommen. Die diese allgemeine Statistik aufgenommen wird, ist es vorzuziehen, eine Statistik über Syphilis, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten vorzunehmen. In letzterer Beziehung ist der Bericht Leipzig bereits vorgegangen, er hat sich mit dem Reichsamt der Reichsversicherungsanstalten in Verbindung gesetzt. So können manche Fragen für ihre Entscheidung wirken.

Gelehrter-Leipzig berichtet sodann über den im Mai zu Berlin stattgefundenen internationalen Tuberkulose-Kongress. Die große Bedeutung des Kongresses habe von dem großen Interesse gezeigt, daß für die Bekämpfung der Tuberkulose vorhanden sei. Für die Krankenkassen waren besonders die Referate über das Heilfaktorenwesen von Interesse. Das wichtigste Referat habe Dr. Friedberg im Auftrag der Central-Kommission der Berliner Ortskrankenkassen gehalten, das Referat über die Tuberkulose unter den Judenarbeitern und ihre Bekämpfung. Ein besonderes Interesse um die Lungenheilfaktorenfrage gelte auch dem Oberbürger Dr. Farnwig-Berlin, der in einem Referat die Familienfürsorge für in Heilfaktoren untergebracht in den Vordergrund gestellt habe. Der Kongress habe den Krankenkassen eine Fülle von Anregungen gegeben. Leider vertreten einzelne Ortskassen den Lungenheilerkongress gegen einen eingehenden Bescheid. Eine Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes wie der gegen Arbeiterausperrung ist noch vorzuziehen. Die Regierung müsse durch die Verhandlungen angeregt werden, in der Weiterführung des Krankenversicherungsgesetzes nicht zu erlahmen. (Beifall.)

In Ansehung an die Bemerkungen des Vorredners über Familienfürsorge wird mitgeteilt, daß verschiedene Versicherungsanstalten auf das Kranken-Geld verzichten, andere erheben nur die Hälfte, so daß ein großer Teil des Gehalts der Familien des der Versicherungsanstalten überlassen werden zu Gunsten kommen kann. Sodann Siebert-Hannover weist darauf hin, daß es notwendig ist, Suggestionen zu setzen wie möglich der Versicherungsanstalten und den von ihnen unterhaltenen Heilfaktoren zu überweisen und nicht zu warten, bis der Staat erzwungen werde. (Beifall.) Die Versicherungsanstalt Hannover gewährte Bedürfnissen des ganz Kranken-Geld.

Von einer Anzahl Delegierter wird geltend gemacht, daß infolge der mangelhaften Familienfürsorge die Lungenkranken sich so langweilern, in die Heilfaktoren zu gehen, als sie noch ein bißchen Erwerbssähigkeit in sich spüren.

Dr. Friedberg-Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Versicherungsanstalten jetzt den Anforderungen nicht genügen können. Ein rechtzeitig gemeldeter Lungenkranker müsse meist längere Gewarten, ehe er aufgenommen werden kann. Also sei der Bau von weiteren Lungenheilfaktoren von den Versicherungsanstalten zu fordern (Beifallige Zustimmung.)

Ueber die Ergebnisse der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis und venerischer Krankheiten, die in Berlin vom 4. bis 8. September 1899 beruht Dr. Richter-Otte, Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung. Auf dem Kongress habe die Frage der freien oder infanterierten Prostitution eine größere Rolle gespielt. Der Kongress habe sich für die Regulierung, aber nicht für die Kassenisierung ausgesprochen. Der Kongress habe sich, um der Prostitution Einhalt zu thun, für die zweifelhafte Schaulustungen und der obscönen Literatur, für Gründung von Mädchenheimen u. ausgesprochen. Anerkannt wurde auch, daß die Hutmehrlöhne, die an Arbeiterinnen gezahlt werden, wesentlich zur Bekämpfung der Prostitution beitragen. Höchstens 600 Mark verdienen die Arbeiterinnen, aber 850 Mark seien bei bestehenden Ansprüchen zum Leben nötig.

Der Kongress habe sich auch ausgesprochen gegen die differential Behandlung von Syphiliskranken. Auf den Syphilisstationen sei die Behandlung der Kranken auch moralisch schlechter als in den übrigen Stationen. Das müsse aufhören. Unbemittelte Syphiliskranke müsse gratis behandelt werden. Ganz festerhaft sei die Bestimmung der Krankenkassen-Gesetze, daß bei Geschlechtskrankheiten das Krankengeld entzogen werden kann. Die gleiche Bestimmung bestehe noch in der Seemannsordnung, Gesundheitsordnung und im Handelsgesetzbuch. Gegen habe das neue Invaliditätsgesetz erfreulicherweise (auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion! Die Red.) diese Bestimmung beseitigt. Der Schwerpunkt der Brüsseler Konferenz liege darin, daß dort eine Kontrollstelle mit Unterstützung der Regierung geschaffen sei, wo von Sachverständigen alles einschlägige Material über die Frage niedergelegt werden wird. So werde hoffentlich bald ein Erfolg in der Eindämmung der furchtbaren Völkervergiftung zu verzeichnen sein.

Zur Diskussion wird im Anschluß an den Bericht Dr. Ottes der Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig gestellt, die gesetzliche Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung einer Barunterstützung ausgeschlossen werden kann, zu streichen.

Kommissionsrat Nitzsche-Gera meint, daß die Streichung der Bestimmung nicht notwendig sei, da es ja in das Bestehen der Kassen schon jetzt gestellt sei, ob sie Barunterstützung gewähren wollten oder nicht.

Graf-Frankfurt a. M. tritt für Streichung ein. In der Großstadt werde Krankengeld gewährt, aber auf dem Lande namentlich da, wo die schwarze Rute das Regiment führt, werde ein Geschlechtskranker für unmoralisch gehalten.

Simanowski-Berlin legt den Hungerlöhnen namentlich in kaufmännischen Geschäften und dem Gastwirts-gewerbe entscheidende Bedeutung bei der Erforschung der Ursachen der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten bei. Er protestiert entschieden gegen die Forderung, daß die Krankenkassen in Fühlung mit der Sittenpolizei treten sollen. Das würde nur ein Spitzelium großziehen. (Beifall.)

Kohn-Berlin giebt zur Erwägung anheim, daß der Krankengeld mehr Augenmerk auf die Wohnungen haben sollte und bei schlechten Wohnungsverhältnissen die Ueberführung des Kranken ins Krankenhaus anordnen. Er verweist auf die schlechten Löhne im Handelsgewerbe, bis zu sechs Mark monatlich herab. Die Geschäftsinhaber nennen solche schlecht bezahlte Personen „Lehrlinge“. Es handle sich aber um Personen über 20 Jahre.

Von anderer Seite wird die Streichung der ganzen Bestimmung befürwortet, die auch die Entziehung vom Krankengeld bei Schlägereien zuläßt.

Wärz-Stuttgart und Graf-Frankfurt weisen auf die Vorteile frühzeitiger Spitalbehandlung hin.

Sußbach-Deutscher G. l. h. d. i. Weimar hält gesetzliche Regelung der Angelegenheit für überflüssig, es genüge eine statistische Regelung in den einzelnen Ortskassen.

Der Antrag auf Streichung der Bestimmung wird fast einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Kommerzienrat Schwabe sich entschlossen habe, für die besten Arbeiter zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Syphilis 4 Preise von je 500 Mark anzusetzen. (Bravo!)

Herrn Schwabe soll eine telegraphische Begrüßung des Kongresses zu Teil werden.

Dr. Friedberg-Berlin spricht hierauf über die derzeitige Fürsorge für die Krankenkassenmitglieder und die Mängel derselben. Der Redner führt aus: Die Krankenkassenbewegung brauche keine parteipolitische sein, müsse aber eine proletarische Bewegung sein. Ihr Ziel müsse sein, daß der proletarische Kranke nicht schlechter gestellt sei, als jeder andere Kranke. Der Kranke dürfe nicht noch unter seine eigene Klassenlage herunterstinken, wie das jetzt bei den Arbeitern der Fall sei. Mangelhaft seien vielfach die Statuten der Kassen, die Bestimmungen über Bewegung in freier Luft u. zu allgemein. Der Kranke müsse individuell behandelt werden, dem einen sei die Bewegung in freier Luft dienlicher als Medizin. Die Statuten verlangten aber vielfach streng das Zuhausebleiben während gewisser Zeit, stellen sonst sogar Strafen in Aussicht. Das widerspreche dem Interesse der Kranken. Zimmerluft und Stadluft seien schädlich. Deshalb sollten die Krankenkassen dem Vorhange der Doktoren Senhoff und Haber näher treten die an den Peripherien von Städten Kranken- und Arbeitererichteten wollen. Die Unterbringung im Krankenhaus sei noch nicht genügend entwickelt. Es sei gar keine Frage, daß die Krankenhausbehandlung die beste sei. Bisher habe man aus fiskalischen Gründen oft gegen diesen Grundgedanken der Krankenhausbehandlung gehandelt. Bei ungenügender sozialen Verhältnissen habe der Kranke oft nicht Zeit, krank zu sein. Der Angefallte habe jetzt oft gar nicht die Freiheit, täglich zum Arzte zu gehen. Im neuen Gesetz müßten die Prinzipale verpflichtet werden, diese Erlaubnis zu erteilen. In den Kassenverwaltungen fürchte man das Simulanten-tum. Diese Furcht sei aber sehr übertrieben. Er habe eine bessere Meinung von der Arbeiterkassen. Wenn nachgewiesen werde, daß jemand die Kasse geschädigt habe, werde dieser als ehrlos gebrandmarkt.

Die Krankheiten treten nicht plötzlich auf, sie können auch nicht auf einmal wieder aus dem Körper hinausgetrieben werden. Die Ernährung sei dabei das Wichtigste bei der Verhütung und Heilung von Krankheiten. Bei dem heutigen Verhältnis zwischen Arzte und Kassenverwaltung komme es häufig vor, daß der Arzt auf seine Forderungen nicht bestehe. Deshalb sei es nötig, durch die Vertreter dahin zu wirken, daß der Arzt besonders für gute Ernährung, durch Milch u. s. f., Sorge, Kommissionen, wie die Berliner Central-Kommission, wo Kassenvorstände und Ärzte gemeinsam beraten über alle Maßnahmen, seien deshalb sehr nützlich. Mängelstände seien auch in der Regelung des Krankengeldes hervorgetreten. Im Anfang habe das Gesetz nur den Wert einer weiteren Armenpflege gehabt. Aufzustellen sei die Forderung, daß die Höhe des Krankengeldes mindestens die Höhe des Lohnes erreichen muß. Der Kranke kann brauche mehr als der gesunde. Auch hier fürchte er kein Simulanten-tum. Jetzt sei das Krankengeld durgänglich zu niedrig. Die niedrige Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns sei das Kreuz des ganzen Krankenkassenwesens. Der Tagelohn sei so niedrig gestellt worden im Interesse des Unternehmertums. Der einzelne Arbeiter werde gern etwas mehr zahlen, dem Arbeitgeber sei eine Erhöhung natürlich sehr unangenehm. Aber die deutsche Industrie sei in der Lage, eine höhere Belastung auf sich zu nehmen. Der Arbeiter müsse im Interesse der Kultur seiner jetzigen Bedürfnislosigkeit entwöhnt werden, er müsse an höhere Beiträge gewöhnt werden. Ueberall, wo der ortsübliche Tagelohn niedriger festgesetzt sei, als der tatsächlichen Verhältnissen entspricht, müsse er erhöht werden. Das Krankengeld müsse so erhöht werden, daß das zukünftige halbe Krankengeld ungefähr dem jetzigen ganzen gleichkomme. Für Wöchnerinnen bestehen die gesetzlichen Bestimmungen, aber für die Zeit der Schwangerschaft nicht. Eine dahingehende Erweiterung der Bestimmungen sei wünschenswert. Der Krankenschwachs müsse in intensiver Weise erfolgen. Die Kassen,

die über 26 Wochen Krankengeld gewährt, sollte lieber die Zahl der Wochen vermindern, über in der kürzeren Zeit höheres Krankengeld zahlen. Die weitere Fürsorge liegt in der geistlichen anderen Institutionen ob. Besser sei es, schon während der ersten drei Tage Krankengeld zu zahlen. Diese Bestimmung verhindert oft frühzeitige Krankmeldung. Auch die Bezahlung der Sonn- und Festtage empfehle es sich. Die Zuzahlungsansprüche seien potenter als die Krankenkassen; diese müßten schon von der 13. Woche eintreten. Die Versicherten müßten selbst mehr herangezogen werden. Es bestehe jetzt keine Fühlung zwischen Verwaltung und Versicherten. Den Versicherten müßten hygienische Vorträge gehalten werden, es müßten belehrende Schriften herausgegeben werden.

Der § 46 des Krankenkassengesetzes beschränkt das Vereinigungsrecht der Krankenkassen. Die Versammlung hier tage eigentlich widergeheilig und die Herren vom Reichsversicherungsamt und den übrigen Behörden unterstützen diese Widergeheiligkeit und seien Mißthäter, weil sie das Leben hier noch geistert haben. (Heiterkeit.) Die ganze Tendenz der Zersplitterung der Organisationen sei kein Missethäter der Gesetzgebung gewesen. Diese Zersplitterung müsse aufgehoben werden. Eine Vereinigung proletarischer Kräfte dürfe von der Regierung nicht gefördert werden. Auch eine Erweiterung des Kreises der Versicherten sei empfehlenswert. Diensthöfen, Hausindustrielle und landwirtschaftliche Arbeiter müßten in den Kreis der Versicherten einbezogen werden. Die Krankenkassen würden dadurch belastet, daß wegen Krankheit entlassene Diensthöfen Fabrikarbeiterinnen, kranke Landarbeiter Industriearbeiter werden.

Neuer macht den Berufsgeoffenen den Vorwurf der Fiskalität und schließt mit dem Wunsche, daß bei einem neuen Krankenkassengesetz die Arbeiterchaft ausreichend geholt werde. Die Verwaltungen müßten zu entscheidender Mitwirkung herangezogen werden. Er nehme den Antrag des Berliner Kongresses der Ortskrankenkassen wieder auf, die Centralkommission möge eine Denkschrift ausarbeiten unter Mitwirkung der Delegierten von Krankenkassen aus Städten über 50000 Einwohner. (Lebh. Beifall.)

Regierungsrat Klein bemerkt zu der Aeußerung des Vorredners über die Widergeheiligkeit der Zusammenkunft, daß er der Versammlung auf Weisung seines Chefs beiwohne und deshalb schon genügend gedeckt sei. (Heiterkeit.) Herr Dr. Friedberg habe wohl noch zu schwarz gemalt, denn seines Wissens seien der Vereinigung von Krankenkassen noch nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. (Widerpruch.) Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Arbeiter Casimir Petal zu Klein-Wanzleben verurtheilt am 27. August d. J. auf der Strafe ohne jede Veranlassung drei Personen Messerstücke und warf mit Steinen. Bei der Verhaftung leistete er Widerstand und griff den Gendarmen thätlich an. Der Gerichtshof erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstands auf 4 Jahre Gefängnis, wegen der Uebertretung auf eine Woche Haft.

Die Schulknaben Karl Lüddemann, geboren 1886, und Georg Meyer, geboren 1885, zu Diesdorf, stahlen im Sommer d. J. mittelst Einsteigens und Einbruchs aus der ersten Knabenklasse 7,50 Mark, die für die Bibliothek bestimmt waren und teilten sich das Geld. Dann zertrümmerten sie im Korridor eine Glasscheibe, stiegen in die Wohnung eines Lehrers und stahlen einen Klemmer, eine Pfeife und andere Sachen. Im Nachbarhause kletterten sie vom Hofe aus in den Keller eines anderen Lehrers und entwendeten zwei Flaschen Wein. Lüddemann stahl ferner gemeinschaftlich mit einem noch nicht strafmündigen Knaben 30 Pfennig und Stahlfedern aus der ersten Mädchenklasse. Die Angeklagten erhielten wegen des schweren Diebstahls je einen Monat Gefängnis, wegen des Mundraubs je einen Verweis, Lüddemann ferner wegen einfachen Diebstahls eine Woche Gefängnis.

Der Arbeiter Carl Willberg hier, geboren 1854, stahl am 7. August d. J. in der Wohnung eines Materialwarenhändlers einen Beutel mit 31 Mark Inhalt, wovon er eine Mark verbrauchte. Der geständige Angeklagte erhielt, da wiederholter Rückfall vorliegt, 6 Monate Gefängnis.

Der vielfach vorbestrafte Schornsteinfegergeselle Wilhelm Richter zu Loburg, geboren 1874, ständalierte am 11. September d. J. auf der Strafe und in dem Rathhausflur. Als er abgeführt wurde, leistete er Widerstand, griff den Beamten, sowie einen Arbeiter, der beim Transporte zur Unterstufung herangerufen war, thätlich an und bedrohte mehrere Personen. Den Angeklagten trafen wegen der Vergehen 6 Monate Gefängnis, wegen der Uebertretung eine Woche Haft.

Die Hausdienerin Richard Schröder, geboren 1878, und Gustav Schröder, geboren 1876, hier, stahlen in den Geschäften, wo sie in Arbeit standen, fortgesetzt eine große Menge Waren, die sie teils verzeigten, teils verheimlichten. Die Erlöse teilten sie. Die Angeklagten wurden verurteilt und zwar Schröder wegen Diebstahls in 27 Fällen und Hülerei in 5 Fällen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis; Schröder wegen Diebstahls in 3 Fällen und Hülerei in 10 Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Der Cigarrenreisende Otto Kresse aus Olbke, geboren 1867, veruntreute dem Kaufmann Woll in Wernigerde in der Zeit von 1897 bis Ende März d. J. etwa 4000 Mark, die er auf Grund der ihm erteilten Fassovollmacht von den Kunden einzog und für sich verbrauchte. Den Angeklagten trafen wegen Untreue im Verein mit Unterschlagung 6 Monate Gefängnis.

Die verheiratete Arbeiterin Dorn, Emma geborene Arms, zu Klein-Otterleben, geboren 1873, fuhr am 22. Juli d. J. mit der Eisenbahn nach Biederitz. Beim Verlassen des Zuges nahm sie heimlich einen Karton mit, der einem jungen Mädchen aus Warby gehörte und in dem sich Kleidungsstücke, ein Bild und ein Lexikon befanden. Die Angeklagte wurde wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu einem Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, auch sofort verhaftet.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Cigarrenhändler Oskar Friße hier, geboren 1866, wegen Ausstellung und Verkaufs einer unzüchtigen Postkarte mit 20 Mark Geldstrafe belegt.

Der vorbestrafte Arbeiter Wazlaus Kulpinski zu Burg, geboren 1881, legte sich bei früheren Verhaftungen und Verurteilungen einen falschen Namen bei und veranlaßte dadurch unrichtige Eintragungen in die Register. Am 13. Febr. d. J. entfernte er sich heimlich aus dem Krankenhaus zu Gemshin

und nahm einen Anzug, zwei wollene Decken und ein Paar Pantoffeln mit. Demnach führte er im Steinbruch bei Zerbren einen Einbruchsdiebstahl aus und entwendete Schlafdecken und Kleidungsstücke. Der Angeklagte wurde wegen intellektueller Urkundenfälschung, einfacher und schwerer Diebstahls zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unschuldig verurteilt. Aus Eisenach wird berichtet: Im Wiederaufnahmeverfahren sprach die Strafkammer des Landgerichts Eisenach den im Jahre 1885 unschuldig verurteilten Handelsmann Hatt frei. Hatt war zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er nach der Angabe eines inzwischen verstorbenen Zeugen Kessel im Werte von 3 Mark gestohlen haben sollte. Die Strafe hat er leider verbüßen müssen.

Wegen Herausforderung zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen verurteilte die Strafkammer zu Elberfeld am Freitag den Kaufmann Richard Hof von Solingen zu 2 Monaten Festung. Hof hatte den Fabrikanten Ernst Kaufmann gefordert, weil dieser ihn in Gesellschaft „Facke“ geschimpft hatte. Bei der Abmessung der Strafe hat das Gericht erwogen, daß das Wort „Facke“ kein ehrenrühriger Vorwurf ist, sondern sich mehr auf die äußere Erscheinung einer Person bezieht und deshalb die vom Angeklagten gestellten Bedingungen — dreimaliger Kugelwechsel auf 15 Schritte Distanz — im Verhältnis zu der Art der Beleidigung zu schwere seien.

Gemeinnütziges.

Der „Norddeutsche Lloyd“ wird mit dem am 1. November d. J. von Bremerhaven nach Ostasien abgehenden Reichspostdampfer „Preußen“ **Weihnachtspakete** für die Besatzung der Schiffe in Ostasien „Deutschland“, „Gertha“, „Hanja“, „Kaiserin Augusta“, „Gefion“, „Freue“, „Itis“ und „Jaguar“ und für die Besatzungsgruppen in Kantschou zu ermäßigten Frachtsätzen befördern lassen. Die Annahme der Pakete erfolgt in der Zeit vom 20. bis 27. Oktober einschließlich beim Norddeutschen Lloyd in Bremen. Mittels einer Begleitadresse dürfen bis 3 Pakete befördert werden. Die Fracht beträgt für jedes Paket bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 2 Mark, für jedes weitere Kilogramm oder den überschließenden Teil eines Kilogramms 40 Pfg. Die Fracht ist bei Auslieferung zu bezahlen. Die Pakete dürfen in irgend einer Ausdehnung 1 Meter nicht überschreiten.

Warnung vor einem Auswanderungsagenten. Nach einer an die sächsischen Polizeibehörden gelangten Mitteilung hat die Regierung von Honduras mit einem gewissen Dr. Jose Leonard einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem Leonard gehalten ist, während eines Zeitraums von neun Jahren jährlich 150 Kolonisten aus Central- und Nord-Europa nach Honduras zu schaffen. Leonard ist ein Deutscher, weshalb die Vermutung besteht, daß er auch versuchen wird, deutsche Ansiedler zur Auswanderung nach Honduras zu bewegen. Das Klima auf den zu besiedelnden Landereien ist jedoch so ungesund, daß Europäer die Arbeit gar nicht aushalten würden. Es wird deshalb auf jenen Leonard aufmerksam gemacht und vor Auswanderungen nach Honduras gewarnt.

Unsere Hausagrarien sind auf dem Posten, das muß man ihnen lassen. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch hat das Mietrecht etwas zu Gunsten der Mieter verbessert — flugs arbeiten die Herren Hausbesitzer **Mietverträge** aus, die den Mieter verpflichten, auf alle diese Vorteile, die ihnen das Gesetz gewährt, ausdrücklich Verzicht zu leisten. Es liegt ein solch neuer Mietvertrag vor. Der § 2 sorgt prompt dafür, daß das Recht des Mieters, die Miete erst nach Ablauf der Mietzeit zu zahlen, nicht in Anspruch genommen werden kann. Er lautet: Die Miete ist vom Mieter in vierteljährlichen (monatlichen) Prämien und spätestens am Tage jedes Quartals zahlbaren Raten von je ... Mark an den Vermieter ... zu bezahlen. Mieter verzichtet ausdrücklich auf die entgegenstehenden Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Diese bezeichnende Wendung kehrt noch mehrere Male wieder. Das Bürgerliche Gesetzbuch setzt fest, daß der Vermieter erst dann die sofortige Räumung der Wohnung zu verlangen berechtigt ist, wenn die Miete für zwei Termine nicht beglichen ist — der Kontrakt besteht auf der bisherigen Uebung, wonach, wenn die Miete einmal nicht pünktlich am Termine bezahlt ist, sofortige Räumung verlangt werden kann. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch setzt fest, daß die Kündigung an den ersten drei Vertagen des Vierteljahres usw. gültig ist, der Kontrakt besteht darauf, daß die Kündigung unbedingt am letzten Tage des Viertel- oder Halbjahres erfolgen muß usw. Ueberall werden durch „freie Uebereinkunft“ die Vorteile der neuen Bestimmungen wieder aufgehoben. Ja, unsere Hausagrarien, die schwer Bedrängten, verstehen sich auf ihren Vorteil!

Kleine Chronik.

Der Rinaldo der Altmark ist gefast! Es ist dies der Ktepenstiller Schulze, der auf seinen Streifzügen in Gesellschaft seiner Frau und anderer Stromer hauptsächlich die Kreise Osterburg und Salzwedel umherschreift. In Schulze ist der Spitzbubenwitz ein Diebsgenie ersten Ranges entgegen worden. Schulze war weniger brutal als listig und verschmigt bei seinen Diebstreichen. Auf seinen Fahrten kam er auch vor einigen Tagen nach Zenzen, wo ihn das Geschick ereilte. Man bringt den Rinaldo-Schulze nach den vorliegenden Umständen mit dem schon erwähnten, vor einigen Tagen in Lanz am dem Gastwirt Friße verübten Verbrechen in Verbindung. Am Tage nach dem Ueberfall auf den Gastwirt kam Schulze nach Lanz und machte im Ort einen riesigen Lärm. Den zusammenlaufenden Leuten erklärte er, im nahen Walde läge der Verbrecher, der den Gastwirt Friße überfallen habe. Man bewaffnete sich und zog aus, um den Unhold im Walde zu überraschen. Der Alarm war von dem schlaunen Schulze inszeniert, um im Orte besser nach Gelegenheit zu Diebstählen Umschau halten zu können. Schulze fand indes weiter nichts, als das Fahrrad, das der Verbrecher, der angeblich Max Waeder, Stud. chem., im Hause des Gastwirts zurückgelassen hatte. Er bestieg das Rad und fuhr nach dem Bahnhof. Dort erkannte ihn der Gendarm Föhrend und nahm ihn fest. Schulze trug viel Goldsachen bei sich. Er wurde dem Untersuchungsrichter Bennewitz-Lenzen vorgeführt, dem er mit

Beschwerde und Klage wegen seiner Verhaftung drohte. Der Gesagte wurde nach seiner Vernehmung mittels Bebedung der Staatsanwaltschaft in Neu-Muppin eingeliefert. (Wolfsche Zeitung.)

Wegen der rheinischen Militär-Beziehungsfrage soll, wie die Berliner Zeitung mitteilt, in demnächst eine Nachmusterung der letzten fünf Jahrgänge, zusammen von fünfzehnhundert Mann, stattfinden und zwar noch im Laufe dieses Jahres. Eine sehr große Anzahl der jungen Leute dürfte dadurch in missliche Lage geraten.

Ein Polizeinspektor als Sittlichkeitsverbrecher verhaftet. Der in der Exekutiveabteilung der Polizeidirektion in Dresden angestellte Inspektor der bevrittenen Gendarmereabteilung, Lieutenant a. D. Meinhold-Landau wurde am Montag plötzlich verhaftet, bald darauf freilich wieder freigelassen — am Donnerstag aber hat man ihn wiederum in festes Gewahrsam genommen. Mit ihm ist in die Räume des Untersuchungsgefängnisses seine Wittwe eingezogen; sie war für den stark liebebedürftigen Herrn Polizeinspektor ein Zuweil, sie sorgte nicht nur für die Genüsse des Gatten, nein, sie sorgte auch dafür, daß im Punkte der Liebesreden der Herr Inspektor nicht zu kurz kam. Sie diente dem Herrn Polizeinspektor nämlich als Kupplerin und führte ihm 16—18jährige Mädchen zu. Da das Treiben Meinhold-Landaus an sich juristisch nicht strafbar ist, so müssen noch besondere, erschwerende Umstände hinzukommen, um ein mit Untersuchungshaft verbundenes Verfahren gegen den Herrn zu rechtfertigen. Es hat sich nämlich endlich ein Mädchen gefunden, daß, nachdem es durch den Wüstling sypyllitisch krank gemacht worden war, zwar nicht eine offizielle Anzeige gemacht, aber doch einem Polizeibeamten ihr Herz ausgeschüttet hat, der dann die weitere Verfolgung der sauberen Angelegenheit veranlaßte. Als man den Herrn dann in seiner Wohnung aufsuchte, fand man bei ihm sein neuestes Opfer, das jetzt noch im Krankenhaus liegt.

Vermischte Nachrichten.

Keineswegs notwendig! Die Ehefrau eines Flensburger Werkarbeiters war wegen einer Privatbeleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Sie ersuchte die Staatsanwaltschaft um Strafausland, worauf ihr folgende Antwort zu teil wurde: Königl. Landgericht. Flensburg, 28. September 1899. IV. A 7 III 8170.

Auf Ihr Gesuch vom 21. d. Mts. wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß ich nach erfolgter Prüfung keinen hinreichenden Anlaß gefunden habe, Ihnen den erbetenen Strafausland behufs ratenweiser Tilgung der Geldstrafe zu gewähren, und zwar namentlich deshalb nicht, weil Ihre bezw. Ihres Ehemannes Schulden auf die keineswegs notwendige Teilnahme des letzteren an einer Arbeitseinstellung zurückzuführen sind. Der Erste Staatsanwalt. J. B.: Schröder.

Der Herr Staatsanwalt muß schon gestatten, daß die Arbeiter in diesen Dingen eine andere Auffassung haben; der größte Teil von ihnen erachtet es nicht bloß für notwendig, sich an den Bemühungen zur Erhaltung besserer Existenzbedingungen anzuschließen, sondern sogar für eine Ehrenpflicht.

Lehrereleid in der Pfalz. Man nennt die Pfalz reich und gefegnet. Wenn man aber die Hungerlöhne betrachtet, die man den Lehrern der Volksschule bezahlt, so merkt man nicht viel von diesem Reichtum. Bürgerliche Blätter berichteten dieser Tage, daß auf eine in dem Städtchen Landstuhl — der Stadt Franz von Sickingens — ausgeschriebenene Schullehrer-Stelle keine Bewerbungen erfolgten. Warum sich die Lehrer so spröde verhielten, sollte bald ausgeklärt werden. Das Gehalt für die Stelle beträgt pro Jahr 800 Mark = 2.20 Mark auf den Tag. Wer aber denken sollte, solche Stellen wären Ausnahmen, der irrt sich; diese Hungerstellen sind in der reichen Pfalz die Regel und gerade die reichsten Ortschaften bezahlen ihre Lehrer am miserabelsten. Namentlich in der Vorderpfalz. Zur Zeit sind in der bürgerlichen Presse einige Stellen ausgeschrieben, die einen tiefen Blick in das Lehrereleid gestatten. In Kapellen, Bezirksamt Bergzabern, ist eine Stelle zu besetzen, wofür ein Gehalt von 720 Mark pro Jahr geboten wird. In Kirtel-Neuhaus eine Stelle mit 790 Mark. Hier entschuldigt die Nähe der preussischen Grenze. In Moorlautern bei Kaiserlautern eine solche incl. der Pensionsbeiträge mit 776 Mark. So geht es durch die Bank weiter. Die Anforderungen, die man an die Lehrer stellt, stehen aber in keinem Einklang zur Bezahlung. Vielfach wird die Prüfungsnote I oder II verlangt. Note III genügt für die Hungerstellen nicht. Die Volksschule bildet eben auch in der Pfalz wie in Ostpreußen und sonstwo das Aghembrödel der Gesellschaft. Es herrschen überhaupt auf dem Gebiete der Schule in der Pfalz Zustände, die sich mit denen Ostpreußens ruhig messen dürfen.

Eine zeitgemäße Reminiscenz. Der Markgraf Johannes Cicero von Brandenburg, ein Ahnherr Wilhelms II., richtete in seinem Testament folgende Worte an seinen Sohn und Thronfolger: „Straf die Schmeichler, die Alles Dir zu Liebe und nichts zu des Landes Wohlfahrt thun (reden). Wirst Du ihnen folgen, so wirst Du Deine klugen Räte verlieren.“ Des Schmeichlers Rede gleicht dem Schlangengift, welches im süßen Schläse zu Herzen dringt und den Tod wirkt, ehe man es gewahrt wird. Vergiß nicht, mein Sohn, den Adel im Zaume zu halten; denn sein Uebermut verübt das meiste Böse. Strafe sie, wenn sie die Gesetze übertreten, und laß nicht zu, daß sie irgend, wer es sei, wider Gebähr beschwerden. Ich hinterlasse Dir, mein Sohn ein großes Land; allein es ist kein deutsches Fürstentum, in dem mehr Rauf, Mord und Grausamkeit im Schwange gehn, als in unsrer Mark, von Adligen ausgeführt. Deinen Fürstenthron wirst Du nicht besser besetzen, als wenn Du den Unterdrückten hilffst, wenn Du den Reichen nichts nachsiehst, wenn sie die Geringen überwältigen, und wenn Du Recht und Gleichheit einem jeden angedeihen lässest.“ Seit diese Worte geschrieben wurden — lang, lang ist's her. Heute sind die Junker die Edelsten und Besten der Nation geworden und das Recht und die Gleichheit für jeden spiegelt sich wieder in Zuchthausurteil und Zuchthausvorlage.

Das Scharlachfieber.

Eine Skizze aus der Kinderstube. Von Karl Ewald (Kopenhagen.)

Dienstag morgen erkrankte Karl am Scharlach und Mittwoch kam Elsa an die Reihe. Sie lagen im Kinderzimmer und niemand durfte es betreten...

Hans war äußerst ergriffen. Er starrte die geschlossene Thüre an und hätte sich ihr um nichts auf der Welt genähert. Er horchte, aber es kam kein Laut von dort...

Hans konnte hören, wie sie da drinnen lachten und spielten. Man konnte ihnen Tuschlasten, Bilder und Zinnsoldaten sehen...

Er ging zum Waschtisch, nahm ihren Schwamm und wusch sich tüchtig, trocknete sich mit ihrem Handtuch ab...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

In Jena werden auch in dem bevorstehenden Winterhalbjahr wissenschaftliche Vorlesungen für Volksschullehrer abgehalten. 200 Lehrer sind bereits als Teilnehmer gemeldet.

Theater-Sorjums-reine werden jetzt auf Anordnung der russischen Regierung bei den Hoftheatern in Petersburg, Moskau, Warschau usw. errichtet.

Herodes Hausjungen befehlige man, wie der Praktische Wegweiser, Würzburg schreibt durch 28 Grad + Neumann Pollbäder, denen etwas Essig zugelegt ist...

Heiteres.

Stilblüten der Redner auf dem Parteitage in Hannover. Eichhorn-Dresden: Wir können dem Genossen Bebel soviel Altkennmaterial zur Verfügung stellen...

Klara Zetkin: Ich unterschreibe diese Forderung mit beiden Händen. Peus: Rosa Luxemburg ist mit dem Eierkorb, in dem sie die revolutionären Eier hat, manchmal gestolpert.

Ehrhart: Ich schließe und komme der Klingel nach. Auer: Ich weiß nicht, ob beim Genossen Stadthagen das Endziel richtig ist.

Stadthagen: Die neue Gesellschaftsordnung liegt schon im Mutterleibe der jetzigen Gesellschaft. Vollmar: Um ein solches Wundel hätte sie nicht ein so großes Gegerack gebraucht.

Baaker: Nachdem wir drei Tage über die Debatte diskutiert haben, wollen wir, die wir nicht an der Debatte teilgenommen haben, auch einmal zu Worte kommen.

Geyer: Wenn Parteigenossen sich darüber wundern, so muß ich mich wundern, daß sie sich wundern. Schippel: Geyer hat mich bezeichnet als einen Fuchs in der Wolfshaut.

Gewissenhaft. „Aber, Herr Professor, grad san S' von an' Berg abg'föhrt und glücklich mit heiler Haut davon komma, und jetzt wollen S' schon wieder 'nauftrageln!'"

Wahrheitsliebend. Mutter: „Kinder, streitet Euch doch nicht fortwährend! Ich und Papa streiten uns ja auch nicht — immer!“

Aus einem Roman. „... So nun sind Sie wieder Sie selbst,“ jagte er und beachtete sie mit ungeheuerlichem Wohlgefallen durch seine goldene Brille...

Bücherchau.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 3. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Berliner Spielerprozeß...

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am Sonnabend tagt im neuen Saal des „Bürgerhauses“...

Donnerstag, 19. Oktober:

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Übungsstunde im „Bürgerhaus“...

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Übungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weißen Kirch. Radfahrklub „Stier“...

An die Herren Schriftführer der Gewerkschafts-, Arbeiter- oder sonstigen Vereine in Magdeburg...

Biehmarkt.

Magdeburg, 17. Okt. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 126 Rinder einschl. 9 Bullen, 207 Kälber, 125 Schafvieh...

Wasserstände.

Table with columns for location (Straßfurt, Weißenfels, Bernburg, etc.), date, and water level changes.

Milch.

Table with columns for location (Dessau, Mühlbebrücke, Jungbunzlau, etc.), date, and milk prices.

Eise.

Table with columns for location (Brandeb., Melnit., Leitmeritz, etc.), date, and iron prices.

Wartfe.

Table with columns for location (Rosen, Kährin), date, and wheat prices.

Standesamt.

Magdeburg, 17. Oktober. Aufgebote: Arbeiter-Gesangverein Friedrich in Magdeburg mit Anna Emma Rose...

Todesfälle: Friedr. Krensch, 67 J. GutsMuths-Stationen-Kranken 33 J. 19 J. Ditt, 62 J. des Reichens 2. J. 19 J. Karl Ludwig Junge...

Todesfälle: Jakob in Magdeburg mit Friederike Emma August Schwarzlose in Klein-Ottersleben mit Anna Joha Heinemann hier.

Aufgebote: Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr Übungsstunde im „Bürgerhaus“...

Todesfälle: Otto Rudolf, 6. des Maurers Ehr. Karl Bedan in Bennedeb. 2. M. 20 J. Willy Albert Paul...